1. die Zahl der besoldeten Vorstandsmitglieder auf 7, die Zahl der unbesoldeten auf 23, und die Gesamtzahl der Parteivorstandsmitglieder auf 30 festgelegt wird.

Wer dafür ist, daß dieser Antrag, den ich anschließend noch einmal verlese:

„Der Parteivorstand besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden, fünf besoldeten Mitgliedern und 23 unbesoldeten Beisitzern",

wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Es ist, soweit ich sehen kann, gegen drei Stimmen beschlossen worden. Nun zur Durchführung der Wahl des Parteivorstandes. Es stehen auf dem Stimmzettel, der jetzt zur Verteilung kommt, zunächst in einer besonderen Gruppe die beiden Vorsitzenden Dr. Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer und in der nächsten Gruppe weitere fünf besoldete Mitglieder des Parteivorstandes. Dann folgen die Vorschläge, die für die unbesoldeten Beisitzer gemacht worden sind. Ich möchte jetzt schon auf folgendes aufmerksam machen. Wenn auch der Stimmzettel alle Namen enthält, so ist doch praktisch in den drei Gruppen eine besondere Abstimmung dadurch gegeben, daß für die besoldeten Parteivorstandsmitglieder keine anderen Vorschläge gemacht worden sind. Für die Wahl ist ferner die Hälfte der abgegebenen Stimmen erforderlich. Von den unbesoldeten Mitgliedern des Parteivorstandes, die zur Wahl stehen, sind soviel Namen zu streichen, daß nicht mehr als 23 unbesoldete Mitglieder des Parteivorstandes übrig bleiben. Stimmzettel, die mehr als 23 Namen unbesoldeter Mitglieder des Parteivorstandes enthalten, sind ungültig. Ich werde von der Genossin Gotthelf darauf aufmerksam gemacht, daß nach einem Beschluß des Nürnberger Parteitages mindestens vier Genossinnen unter den Parteivorstandsmitgliedern sein sollen. Ich bitte, das zu berücksichtigen. (Beifall.) Also noch einmal: Von der Liste der unbesoldeten Mitglieder sind soviel Namen zu streichen, daß insgesamt 23 stehen bleiben. Stimmzettel mit mehr als 23 Namen sind ungültig. Die Stimmen werden ausgezählt. Ich bitte, die Wahl entsprechend vorzunehmen, und werde die Stimmzettel später durch die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission einsammeln lassen. Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission werden gebeten, sich hier vorn einzufinden. Ich nehme an, daß kein Widerspruch erfolgt, wenn ich feststelle, daß die Mandatsprüfungskommission die Funktion der Wahlkommission ausüben soll. Ich höre keinen Widerspruch. Die Mandatsprüfungskommission übernimmt auch die Funktion der Wahlprüfungskommission. Sind die Stimmzettel jetzt da? Wir werden, bis die Stimmzettel verteilt sind, fünf Minuten Pause eintreten lassen und dann zur Erledigung des Tagesordnungspunktes 4 das Referat des Genossen Herbert Kriedemann hören. Bei der Abgabe der Stimmzettel muß die Delegiertenkarte vorgezeigt werden.

Damit kein Irrtum entsteht: Unter den vorgeschlagenen unbesoldeten Parteivorstandsmitgliedern befand sich heute vormittag auch der Genosse Wenzel Jaksch. Sie finden den Namen nicht auf der Vorschlagsliste. Der Genosse Wenzel Jaksch ist durch eine schriftliche Erklärung von dieser Nominierung als Mitglied des Parteivorstandes zurückgetreten. Ich möchte dies nur zur Information sagen.

Ich werde gefragt, wieviel Namen gestrichen werden müssen, damit die Liste gültig ist. Es werden 23 Mitglieder gewählt, 26 Namen sind auf der Liste enthalten. Es müssen also mindestens drei Namen gestrichen werden. Ich bitte nunmehr die Mandatsprüfungskommission, die Stimmzettel einzusammeln.

Wir kommen zu Punkt 4 der Tagesordnung. Der Tagesordnungspunkt sieht vor:

Bericht der Fraktion des Wirtschaftsrates

Es spricht Genosse Kriedemann.

Herbert Kriedemann, Frankfurt am Main: Genossen und Genossinnen, wenn jetzt über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Wirtschaftsrat berichtet wird und damit dieses Stück sozialdemokratischer Parteiarbeit zu seiner

Beurteilung unterbreitet wird, dann erscheint es mir notwendig, bei allen Bemühungen den Bericht so kurz wie möglich zu fassen.

Eine Reihe von Mißverständnissen unter uns in bezug auf die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Wirtschaftsrat sind wohl nur darauf zurückzuführen, daß in der Öffentlichkeit, manchmal in unserer eigenen Partei, über den Wirtschaftsrat, seine Zuständigkeit und über unsere, der Fraktionstätigkeit nicht genügend Kenntnis vorhanden war.

Als in der britischen Zone zunächst die Zentralämter zur möglichst einheitlichen Regelung der großen lebenswichtigen Fragen, wie Wirtschaft, Ernährung, Verkehr, Finanzen usw. eingerichtet wurden, haben wir Sozialdemokraten in der Schaffung dieser Ämter einen ersten Schritt zur Wiederherstellung eines Minimums an staatlicher Ordnung gesehen, und wir haben keinen Zweifel daran gelassen, daß wir diesen ersten Schritt begrüßen und daß wir ihn mitmachen wollen. Als dann zwischen den beiden Besatzungsmächten im Westen, den Engländern und Amerikanern, das Übereinkommen zustande kam, das das Vereinigte Wirtschaftsgebiet schuf, die wirtschaftliche Gleichstellung der beiden Zonen, haben wir auch darin einen Schritt gesehen, der unsere Zustimmung finden mußte, und in einer Entschließung hat der Parteivorstand und der Parteiausschuß dieser Auffassung Ausdruck gegeben, natürlich nicht ohne auch bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß eine solche Vereinigung von zwei Zonen nur ein Provisorium sein könne und daß dadurch die Vereinigung des ganzen ehemaligen Reichsgebietes nur noch notwendiger wird. Wir haben aber zugleich mit unserer Forderung, daß wir in diesen großen und lebenswichtigen Fragen einheitliche Verwaltungsstellen haben müssen, nachdrücklich gefordert, daß diese Ämter für uns selbstverständlich sofort unter parlamentarische Kontrolle gestellt werden müssen. So gesehen ist der Wirtschaftsrat, der jetzt vor etwa einem Jahr in Weiterentwicklung der Schaffung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes durch Drekret der Militärregierung errichtet wurde, eine Maßnahme, die unserer sozialdemokratischen Forderung entsprach, wenn auch nur sehr teilweise und vor allen Dingen außerordentlich verspätet. Aus der Tatsache, daß wir Sozialdemokaten uns von allem Anfang an, als von Deutschland überhaupt noch nicht gesprochen wurde und der Gedanke der Aufspaltung Deutschlands in Ländern nicht nur bei den Siegermächten auf viel Gegenliebe stieß, sondern auch innerhalb Deutschlands für unseren sozialdemokratischen Geschmack dieser Gedanke mit Begeisterung aufgenommen worden ist, für die zentrale Regelung der großen lebenswichtigen Fragen ausgesprochen haben, hat man uns oft den Vorwurf gemacht, wir seien eben eine zentralistische Partei. Genossen! Lassen Sie mich offen aussprechen, daß es bei diesem ersten provisorischen Schritt in der Richtung auf Einheitlichkeit in diesen Zentralfragen auch unter uns solche Kritiken gegeben hat. Ich glaube, wenn alle diese Dinge ruhiger und abschließend beurteilt werden können, als es in dieser Periode der Fall ist, dann würde klar erkenntlich werden, daß schnell und ohne besondere Rücksichtnahme auf gewisse Stimmen in der Welt die Partei sich wieder auf den Standpunkt gestellt hat, auf dem sie früher gestanden hat und daß sie nicht vergessen hat, daß sie die Reichspartei gewesen ist. Unsere innerdeutschen politschen Gegner, die sich etwas darauf zugute tun, daß sie Föderalisten sind und die uns gern den Vorwurf des Zentralismus machen, haben immerhin recht schnell die Bedeutung der zentralen Einrichtungen erkannt und haben nicht ohne Erfolg und auch nicht ohne wohlwollende Unterstützung von seiten der Siegermächte den Kampf um die Beherrschung dieser Zentralämter aufgenommen mit viel mehr Heftigkeit, als sie sich unserer Forderung nach Schaffung einer echten parlamentarischen Kontrolle für die Einrichtungen angeschlossen haben. Es wird noch in unserer Erinnerung sein, und für den Fall daß es nicht so sein sollte, ist es nur gut, daran zu erinnern, daß trotz des föderalistischen Geschreis und der föderalistischen Reklame, die die bürgerlichen Parteien immer gemacht haben, ihr Interesse an den Zentralämtern so groß war, daß nur ein einziges von ihnen — und auch das nur für eine Zeit — von einem Sozialdemokraten besetzt werden konnte.

Im vollen Bewußtsein der Tatsache, daß das, was mit dem Wirtschaftsrat geschaffen worden war, den Anforderungen, besonders den deutschen Notwendigkeiten entsprach, und daß bei der Schaffung der bizonalen Wirtschaftsverwaltung auf fundamentale sozialdemokratische Gesichtspunkte und Erfahrungen keine ausreichende Rücksichtnahme von seiten der Besatzungsmächte genommen worden war, sind die Sozialdemokraten nach Frankfurt gegangen, bereit zur Mitarbeit, bereit, unser Stück Verantwortung auf unsere Schultern zu nehmen. Wir haben das getan in der Überzeugung daß wir nicht warten können, bis von irgendwoher, von irgendwem oder vielleicht von selber das notwendige Maß an staatlichen Organisationen wieder geschaffen werden würde, was in der Konsequenz des Dritten Reiches und seiner Zerstörung für Deutschland verlorengegangen war. Es war uns völlig klar, daß Deutschland nicht wie der Phönix aus der Asche wieder dastehen würde und wir solange warten könnten. Wir waren deshalb bereit, den schwierigen und für alle Beteiligten außerordentlich unbefriedigenden Weg zu gehen, auf dem allein das Ziel der Wiederherstellung deutscher staatlicher Organe unter parlamentarische Kontrolle erreicht werden kann. Wir waren uns außerdem klar, daß es in Frankfurt nicht etwa zur Debatte stand, nun Parteipolitik im engsten Sinne des Wortes zu betreiben. Wir wußten, daß es sich hier um ein Provisorium, um eine Notlösung handelte, deren erste Aufgabe es sein mußte, die Fragen zu lösen, die aus der unmittelbaren, insbesondere ökonomischen Not des deutschen Volkes auf der Tagesordnung standen. Wir waren bereit, an der Lösung dieser Fragen zusammen mit allen Parteien zu arbeiten, die mit uns unter den gleichen Voraussetzungen nach Frankfurt gekommen waren. Es hat uns dabei keine Furcht vor der Koalition bewegt und wir haben in keinem Falle von vornherein das Bedürfnis gehabt, uns ängstlich abzugrenzen; das entspricht in keiner Weise sozialdemokratischer Tradition. Wir haben deswegen auch mit der anderen Partei, die in der gleichen Stärke wie wir, wenn auch mit entsprechenden Bundesgenossen ausgerüstet, in Frankfurt in Erscheinung trat, ganz offen über diese Dinge gesprochen. Das Angebot, das wir der CDU zu machen hatten, war loyal und, wie wir auch heute noch meinen können, durchaus vernünftig. Wir wollten mit ihr die Verantwortung teilen und mußten deshalb auch die Möglichkeit der Einflußnahme mit ihr teilen. Es ist ja kein Geheimnis, sondern eine Tatsache, daß die CDU wesentliche Teile ihrer politischen Kräfte aus dem Sektor der Wirtschaft holt, die man unter uns auf Grund alter Erfahrungen immer noch gern in Anführungsstrichen schreiben möchte. Daraus ergab sich für uns von selber, daß wir als ein gewisses Gegengewicht, als einen Ausgleich, unseren Einfluß nehmen mußten auf die Wirtschaftsverwaltung, auf die Organe die die wirtschaftlichen Kräfte, das Unternehmertum usw. kontrollieren, lenken, ihnen Richtung und Wege weisen. Daraus ergab sich für uns die Forderung, daß der „Direktor" der Verwaltung für Wirtschaft ein „Sozialdemokrat" sein müsse.

Man hat uns damals von unseren politischen Gegenspielern immer vorgehalten, daß wir auf diesem Wege schon sehr weit gegangen seien, da wir auch die Wirtschaftsminister in den Ländern hätten, und daß es deshalb ein Akt der ausgleichenden Gerechtigkeit sei, wenn der zentrale Direktor nun ein CDU-Mann sei. Wir haben uns große Mühe gegeben, die CDU über dieses offensichtliche Mißverständnis aufzuklären. Denn sowohl nach dem Wortlaut der Proklamation wie auch nach unserer eigenen Vorstellung von den Zuständigkeiten zwischen der zentralen Einrichtung und den Ländern war es völlig klar, daß die Wirtschaftsminister nach der Schaffung der bizonalen Einrichtung an Bedeutung verlieren müßten gegenüber der Zentralverwaltung und daß zu den Wirtschaftsministern in den Ländern der Direktor als eine notwendige Ergänzung, als eine — ich möchte sagen — Zusammenfassung hinzunehmen wäre, daß aber nach wie vor die Teilung zwischen diesen beiden Parteien notwendig und gegeben sei, indem die eine sich auf die Wirtschaft schlechthin stützen, die andere den maßgebenden Einfluß auf die Wirtschaftsverwaltung haben müsse. Wir haben dabei gleich zum Ausdruck gebracht, daß es ja im wesentlichen unsere Aufgabe sein würde, im Kampf um die Überwindung der ökonomischen Schwierigkeiten, im Kampf um

den Wiederaufbau der zerschlagenen deutschen Volkswirtschaft die arbeitenden Menschen aufzurufen zu den großen Anstrengungen und Opfern, ohne die der *Neuaufbau bei aller Anerkennung der Unternehmerinitiative nun einmal nicht* geleistet werden kann, daß wir aber, wenn wir die Verantwortung dafür übernehmen würden, wenn wir die arbeitenden Menschen zu dieser Leistung aufrufen wollten, sogar sehr weitgehende Garantien werden geben müssen, vor allem die Garantie, daß die Früchte ihrer Anstrengungen, ihrer Entbehungen, ihrer Opfer auch ihnen selber zugute kämen und nicht dazu dienen, den Profit wieder in Gang zu bringen. Diese unsere Forderung, wurde von der CDU und den mit ihr verbündeten Parteien rundheraus abgelehnt. In der Art der Ablehnung blieb kein Zweifel daran, daß die Leute auch genau wußten, warum sie für sich diese zentrale Kommandostelle in der Wirtschaftsverwaltung haben wollten. Man hat auch uns aus eigenen Reihen manchmal gesagt, daß wir in dieser Frage vielleicht zu *hartnäckig gewesen wären und daß wir es uns doch hätten zutrauen müssen*, mit der CDU fertig zu werden. Man hat darauf hingewiesen, daß man in anderen Ländern auch mit der CDU in Koalition sei und daß es recht und schlecht gehe. Genossinnen und Genossen, es muß immer wieder gesagt werden, daß der Unterschied zwischen der CDU und Frankfurt und der CDU, so wie sie sich in den Länderparlamenten präsentiert, nicht übersehen werden darf. Es ist nämlich etwas wesentlich anderes, ob ein Parlament zustandekommt aus direkten Wahlen in der Form, daß jeder einzelne, der sich um einen Sitz in diesem Parlament bemüht, mehr oder weniger an seine Wähler heranreichen muß, oder ob ein Parlament durch indirekte Wahlen entsteht, indem aus den Landtagen die Abgeordneten entsandt werden, wie der Frankfurter Wirtschaftsrat zustandegekommen ist. Ich bin der festen Überzeugung, daß eine *solche Elite von Generaldirektoren* und anderen maßgebenden Leuten niemals nach Frankfurt gekommen wäre, wenn sie einzeln den Wählern der CDU hätten präsentiert werden müssen. Aber nach Frankfurt sind sie gekommen, und wir haben das merkwürdige Schauspiel erlebt, daß Männer, die zwar gewohnt sind, Einfluß auf die Politik zu nehmen, weil sie den Zusammenhang zwischen Politik und Wirtschaft außerordentlich gut begreifen, es nicht für ausreichend gehalten haben, diesen Einfluß auf indirektem Wege zu nehmen. In Frankfurt sind sie höchstpersönlich aufgekreuzt. Und das ist das Entscheidende an der rechten Seite dieses Hauses, daß dort die Kräfte sitzen, die genau wissen, worauf es ankommt, und die keinen Augenblick gezögert haben, selber da zu sein, wo die Entscheidungen fallen.

Angesichts der Ablehnung der CDU und angesichts der Tatsache, daß *die CDU* aus den übrigen bürgerlichen Parteien genügend Anhang hatte, um allein über eine ausreichende Mehrheit zu verfügen, blieb uns nichts anderes übrig als die Opposition. Dazu haben wir uns denn auch entschlossen, obwohl wir uns der Tatsache bewußt waren, daß unter den obwaltenden Verhältnissen die Opposition außerordentlich begrenzte Möglichkeiten habe.

Man hat uns gelegentlich den Vorwurf gemacht, daß wir zwar in die Opposition gegangen wären, daß aber *diese Opposition nicht in allen Fällen genügend* drastisch in Erscheinung getreten sei. Ich hoffe im einzelnen noch den Nachweis dafür erbringen zu können, daß das nicht so sehr an unserer schwankenden Haltung, als an den besonderen Frankfurter Verhältnissen liegt. Im übrigen haben wir uns, als wir uns zu dieser Haltung entschlossen, völlig klargemacht, daß wir nicht der Verpflichtung enthoben wären, mit aller Kraft daran zu arbeiten, daß aus Frankfurt ein Maximum an positiver Leistung für die arbeitenden Menschen herausbekommen würde, und wir haben uns niemals vorgenommen, eine negative, ablehnende Haltung nur aus Opposition einzunehmen.

Unter diesen Umständen sind wir an die Arbeit gegangen mit einer Fraktion, die zunächst bei 52 Abgeordneten aus 20 Sozialdemokraten, nach der Verdoppelung des Wirtschaftsrates auf *104 Mitglieder aus 40 Sozialdemokraten* bestand. Wenn es sich zum erstenmal seit dem Zusammenbruch beim Wirtschaftsrat um eine zentrale Einrichtung handelt, die über die einzelnen Ländergrenzen hinausging, war es für uns eine Selbstverständlichkeit, daß die Zusammensetzung der Fraktion

eine Angelegenheit der Gesamtpartei sein müsse. Wir können mit Genugtuung konstatieren, daß sich dieser Ansicht keine einzige Landtagsfraktion verschlossen hat. Es hat gar keine Schwierigkeit gemacht, Männer und Frauen nach Frankfurt zusammenzubringen, mit denen mit Aussicht auf Erfolg an die Lösung der Aufgaben herangegangen werden konnte. Mit kameradschaftlichem Rat, mit der Organisation der Partei und insbesondere den Landtagsfraktionen sind die Wahlen überall so vonstatten gegangen, wie es für das Zustandekommen einer repräsentativen und funktionsfähigen sozialdemokratischen Wirtschaftsfraktion notwendig war. Das hat es uns ermöglicht, außerordentlich aktiven Anteil an der Frankfurter Arbeit zu nehmen. Es darf festgestellt werden, daß in weiten Kreisen, auch über die deutschen Kreise hinaus, der Beweis dafür erbracht werden konnte daß es den Sozialdemokraten mindestens sehr ernst ist, wenn sie Mitbestimmungsrecht, wenn sie Beteiligung an der Verantwortung fordern. Ich glaube, daß wir Sozialdemokraten in Frankfurt mehr als einmal unter Beweis haben stellen können, daß wir es sind, die an der Weiterentwicklung der Frankfurter Organe den größeren Anteil haben. Und nicht nur einmal kann darauf hingewiesen werden, daß, wenn man irgendwo einer Entscheidung auszuweichen versuchte, die sozialdemokratischen Mitglieder zur Stelle waren und bereit waren, ihren Standpunkt zu vertreten.

In dem Bewußtsein unserer Verpflichtung nach dieser Richtung haben wir an den einzelnen Gesetzen mitgearbeitet. Ich habe, veranlaßt durch die Verpflichtung dieser Berichterstattung, noch einmal das gesamte Material durchgesehen, was im Laufe dieses Jahres, dieses reichlichen Jahres, durch den Frankfurter Wirtschaftsrat gegangen ist. Mit Genugtuung kann dabei festgestellt werden, wie groß der sozialdemokratische Einfluß auf die Ausgestaltung der Dinge im einzelnen war, die leider in der breiten Öffentlichkeit nicht beachtet worden sind aus Gründen, die wir ja alle kennen. Es fehlt in unserem Volke an dem nötigen Verständnis dafür, daß es nicht genug ist, sich dafür zu interessieren, ob und wann die Rationen größer werden, sondern daß es auch notwendig ist, sich um die Einrichtung zu kümmern, auf die man nicht verzichten kann, auch dann nicht, wenn man um die Verbesserung der Rationen kämpfen will.

Vor allem in den Ausschüssen des Wirtschaftsrates hat sich die Qualität der Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion oft genug erweisen können, in Sachkenntnis, in der Bereitschaft zu ernster Arbeit. Es ist immer unser großer Schmerz gewesen, daß dieses Maß an Arbeit, das auch an jeden einzelnen hohe Anforderungen gestellt hat, nicht nur nicht in der breiten Öffentlichkeit, sondern auch in der Parteiöffentlichkeit nicht ausreichend in Erscheinung getreten und gewürdigt worden ist. Wir wissen, unter welch schwierigen Verhältnissen die Presse heute arbeitet. Wir kennen auch die Mangelhaftigkeit unserer eigenen publizistischen Bemühungen im Anfang und wir kennen sie aus dem Wirtschaftsrat besonders gut, weil wir heute noch nicht vergessen haben, unter welch primitiven Voraussetzungen diese Arbeit angefangen werden mußte. Es hat eine ganze Reihe von notwendigen Maßnahmen gegeben von nicht unerheblicher Tragweite, bei denen wir mit allen anderen Parteien gemeinsam arbeiten und stimmen konnten. Aus dieser Tatsache ist oft der Eindruck entstanden, als machten wir in Frankfurt eigentlich doch alles mit. Und darüber ist der große Gegensatz nur zu häufig übersehen worden, der doch zwischen den Parteien, die die Verantwortung tragen, die Regierung tragen kann man in diesem Falle nicht sagen — und uns in Erscheinung getreten ist bei allen grundsätzlichen Wirtschaftsgesetzen. Ich darf mich der Kürze wegen auf eine ganze Reihe von Ausführungen beziehen, die im Referat von Kurt Schumacher nachzulesen sind. Aber ich darf ausdrücklich an den ersten Fall erinnern, in dem der Gegensatz klar zum Ausdruck kam: an das Bewirtschaftungsnotgesetz. Damals kam es darauf an, ein Höchstmaß an wirtschaftlicher Vernunft durchzusetzen und aufrechtzuerhalten. Das Bewirtschaftungsnotgesetz, wie es zum Schluß hieß, hat die Aufgabe, alle die Maßnahmen neu zu fassen und wirksam zu gestalten, die mindestens nach unserer Auffassung notwendig waren, um in einem Volke, das so Mangel leidet und dem so wenig an

Mitteln und Möglichkeiten übrig geblieben ist, wie dem deutschen Volke, diesen Mangel zu beseitigen, die Versorgung der breiten Schichten zu sichern. Wir konnten dabei auf sehr erhebliche Vorarbeiten zurückgreifen, die noch aus der Zeit stammen, die vor dem Wirtschaftsrat lag und in der Genosse Agartz die Verwaltung für Wirtschaft aufbaute. Die CDU hat damals schon keinen Zweifel daran gelassen, daß sie diese erste Gelegenheit benutzen wollte, um soviel wie möglich von diesen *sozialen Sicherungsmaßnahmen zugunsten der* Verdiener abzuschaffen. Damals war sie in der Wahl ihrer Ausdrücke noch sehr vorsichtig, und es wäre nicht sehr schwer gefallen, darauf hereinzufallen. Und trotzdem war schon klar erkennbar, daß sie jeder konkreten Formulierung und jeder Erklärung zu einer sozialen Wirtschaftsordnung ausweichen wollte. Der Herr Nägel, der damals der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses war, konnte noch erklären, daß die Fragen der Bewirtschaftung zu den vordringlichsten Problemen der Arbeit des Wirtschaftsrates gehörten und daß es das Ziel der Bewirtschaftungsmaßnahmen sei, die Interessen des letzten Verbrauchers wahrzunehmen. Sein Fraktionskollege und späterer Nachfolger im Vorsitz des Wirtschaftsausschusses, der Herr Haffner, hat dann schon zu jener Zeit sehr viel deutlicher gesagt, *daß es ihm auf eine bestimmte Art von Freiheit ankäme.* So kam es bei diesem ersten wirtschaftspolitischen Grundgesetz dazu, daß wir es ablehnten, nachdem alle unsere bis ins einzelne ausgearbeiteten Abänderungsanträge von einer kompakten Mehrheit beseitigt worden waren. Was übrig blieb, war eine Reihe von lapidaren Redensarten, von Proklamationen. Und wie sehr, besser gesagt, wie wenig die Parteien, die diesem Gesetz zustimmten, daran dachten, diese Bestimmungen auch in der Praxis wirklich zur Anwendung zu bringen, geht z. B. ganz typisch daraus hervor, daß man eine Strafbestimmung, die *gegen einen ganz groben fahrlässigen* und lebensgefährlichen Verstoß gegen die Bewirtschaftungsvorschriften in Höhe von einer Million Mark vorgesehen war, mit den Stimmen der CDU und gegen uns auf 100 000 Mark herabsetzte, ein Betrag, der in der Zeit des Schwarzen *Marktes immerhin noch* als Geschäftsunkosten abgebucht werden konnte.

Es muß nach jenem Auftakt allen, die noch zweifeln, klar sein, daß mit einer Mehrheit, die so an die Dinge herangeht, ein Kompromiß für die Sozialdemokraten unmöglich sei. Wir alle werden uns daran erinnern, wie drastisch sich das einmal ausgedrückt hat, als ein sozialdemokratischer Antrag, der Hausbrandbeförderung die erste Priorität einzuräumen, abgelehnt worden ist mit der Begründung eines der Mitglieder der CDU-Fraktion, daß es viel sozialer sei, zunächst einmal die Industriekohlen zu befördern. Ja, Genossen, im Kampf gegen solche Wirtschaftsgesinnung muß einem sehr schnell klar werden, daß bei aller Anerkennung der Notwendigkeit zum Kompromiß doch verhältnismäßig sehr enge Grenzen dem *Kompromiß gezogen sind. Wir haben uns nach diesen Erfahrungen selbstverständlich* nicht davon abbringen lassen, immer weiter ernsthaft und zielbewußt mitzuarbeiten. Wir haben uns insbesondere auf das zentrale Problem jener Periode, die Hortung, konzentriert. Ich möchte trotz der Kürze der Zeit jetzt mindestens eben ein Problem anrühren, über das mir eine offene Aussprache, wenn sie noch nötig ist, unverzichtbar erscheint. Ich glaube nicht, daß es gut wäre, gerade im Interesse der Dinge, die noch kommen, an solchen schwierigen und etwas belasteten Punkten mehr oder weniger elegant vorbeizugehen. Wir haben einmal vor der Notwendigkeit gestanden, uns an einer Aktion zu beteiligen, die in breiten Kreisen des deutschen Volkes nicht verstanden wurde. Ich glaube auch heute noch nicht, weil sie nicht richtig war. Ich meine, um es mit einem Wort klarzumachen, das *sogenannte Speisekammergesetz. Es war uns bekannt, daß große* Mengen von Lebensmitteln, auch von importierten Lebensmitteln, der allgemeinen Hortung in zunehmendem Maße zum Opfer fielen in einer Zeit, in der die Brotrationen und die Versorgung der Bevölkerung mit Nährmitteln nicht mehr aufrechterhalten werden konnte.

Gründe für die Hortung hat es von seiten der bürgerlichen Theoretiker in großer Zahl gegeben. Aber uns waren die hungernden Menschen und die

drohenden Unruhen wegen der immer schlechter werdenden Versorgung doch deutlicher als diese theoretischen Gründe. Damals wurde von seiten der Militärregierung nachdrücklichst klargemacht, daß es gar nicht so einfach sein würde, auch für das nächste Jahr — das laufende Jahr — 800 Millionen Dollar vom amerikanischen Senat bewilligt zu bekommen, weil längst nicht alle Leute in Amerika diese vordringliche deutsche Sorge akzeptieren. Man hat uns aufgefordert zu einer überzeugenden Demonstration des guten deutschen Willens. Die bürgerlichen Parteien haben zunächst einmal mit Entrüstung eine solche Aktion von sich gewiesen. Es ist ihnen verhältnismäßig leicht gefallen, breite Schichten des deutschen Volkes gegen dieses Gesetz einzunehmen, und es ist ihnen diese Arbeit insbesondere dadurch erleichtert worden, daß ein Mann, dem es auf wirksame Schlagzeilen wirklich mehr ankam als auf eine vernünftige Arbeit, das Wörtchen „Speisekammergesetz" lancierte. Wir haben uns tagelang mit der CDU um eine Formulierung dieses Gesetzes herumgeschlagen, die unserer Meinung nach einen wirksamen Kampf gegen die Hortung von Lebensmitteln auf breiter Grundlage ermöglichte. Es gibt noch genügend Genossen in der Fraktion, die sich alle jener Wochen erinnern, in denen es für den einzelnen kaum ein Dutzend Stunden für den Schlaf gab und wobei es uns doch gelungen ist, eine Reihe von Vorschriften durchzusetzen, die sehr wirkungsvoll hätten ausgestaltet werden können: Die Einschaltung von demokratischen Ausschüssen, die Ermächtigung der Verwaltung zu einem abgekürzten Strafverfahren. Wir haben — das sage ich heute noch einmal in Erinnerung an jene Bemühungen — damals die Hoffnung gehabt, daß auch in der Breite der politischen Organisationen diese Anstrengungen begriffen werden würden und daß man von der Möglichkeit Gebrauch machen würde, den Hortern von Lebensmitteln, die es ja doch gab, die sogar häufig bekannt waren und die sich nur hinter der immer schlechter funktionierenden Verwaltung verstecken konnten, wirksam zu Leibe zu gehen.

Es ist uns damals nicht leicht gefallen bei der Fraktion, bei der Stange zu bleiben angesichts der sehr negativen Kritik, die unsere Anstrengungen gefunden haben. Es hat in unseren Reihen nicht an Bemerkungen gefehlt, die etwa in der Richtung gingen, daß wir nicht verpflichtet seien, den Amerikanern, wenn sie ein solches Gesetz bestellen, es frei Haus zu liefern. Nun, der Wirtschaftsrat hat die Verantwortung dafür, daß die Bevölkerung der Doppelzone einheitlich ernährt wird, und er hat die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Verwaltung in dieser Richtung funktioniert. Wir haben Erfahrungen genug gesammelt, wie wenig für uns im Kampf für die Sicherung des nackten Lebens sich gerade die schwächsten Schichten unseres Volkes auf diejenigen Deutschen verlassen können, die über die Dinge verfügen, die den anderen fehlen. Wir haben uns damals etwa in der Lage eines Vaters befunden, der für seine hungernden Kinder um Brot betteln muß. Wir konnten an der Tatsache nicht vorbeigehen, daß mehr als die Hälfte des deutschen Getreideverbrauches aus dem Auslande eingeführt werden mußte. Wir haben es unserer nationalen Würde nicht für abträglich gehalten, dieser Tatsache auch den schuldigen Respekt zu bezeugen.

Wenn zum Schluß mit den Stimmen aller Parteien dieses Gesetz zur Aufspürung gehorteter Lebensmittel angenommen worden ist, dann glaube ich, daß wir Sozialdemokraten dann besonders keine Veranlassung haben, uns unserer Mitwirkung zu schämen. Ich möchte diesen Hinweis nur benutzen, um auch einmal von dieser Seite her auf das Problem hinzuweisen, wie es sich etwa darstellt in einer Bemerkung, die der CDU-Abgeordnete Hermes noch vor kurzer Zeit in Erinnerung an jenes Gesetz machte, als er den Sozialdemokraten vorwarf, sie trügen nicht bei, berechtigte deutsche Ansprüche gegenüber den Besatzungsmächten durchzusetzen, und uns sozusagen dieses Speisekammergesetz als eine sozialdemokratische Initiative in die Schuhe schieben wollte.

Mit der Hortung von Lebensmitteln fing es an. Dann haben wir unsere ganze Anstrengung auf die Bekämpfung der Hortung überhaupt gerichtet und eine ganze Periode hindurch stand das öffentliche politische Leben unter dem Eindruck der sozialdemokratischen Initiative, dem Kampf gegen die Hortung, als wir anfingen,

ein Speisekammergesetz für die Industrie zu machen. Mit welchen Kräften wir auf der anderen Seite zu rechnen haben, wird vielleicht am deutlichsten durch den Antrag, den die CDU-Mehrheit im Wirtschaftsausschuß der Verwaltung für Wirtschaft gab, als unser sozialdemokratischer Gesetzesantrag im Ausschuß zur Debatte stand. Es wurde nämlich die Beratung des Ausschusses unterbrochen, um der Verwaltung für Wirtschaft die Gelegenheit zu geben, der Verwaltung, die, nebenbei bemerkt, bereits in Händen von Herrn Erhard war, festzustellen, ob überhaupt gehortet würde. Wenn schließlich das Enthortungsgesetz, das auf unsere Initiative hin gefordert und durchgesetzt wurde, mit den Stimmen der anderen Parteien angenommen wurde, dann war es dabei völlig klar, daß von dem, was wir ursprünglich gewollt hatten, nur wenig übrigblieb und daß man den Rest überhaupt nur schluckte, weil man glaubte, sich auf die Verwaltung, die in so bewährten Händen war, verlassen zu können. Die würde den Rest der Gefahren für die Horter schon beseitigen. Immerhin war der Mann, der in jenen Zeiten für die Wirtschaftspolitik im Rahmen der Verwaltung zuständig war, Prof. Erhard geworden, nachdem der erste Repräsentant der CDU, Herr Dr. Semler, wegen seines etwas reichlich, sagen wir mal: undisziplinierten, nationalistischen Verhaltens unter ausdrücklicher Zustimmung der Sozialdemokraten von den Besatzungsmächten abserviert worden war. Herr Erhard hat im Gegensatz zu den sozialen Proklamationen seiner Partei doch alles getan, um in der Periode der Hortung ein Maximum an Profit für die Kreise herauszuholen, die ihn mit ihrem Vertrauen in dieses Amt hineingetragen haben. Er hat das nicht nur in der Theorie getan, sondern während im Wirtschaftsrat auf unsere Initiative hin über Maßnahmen gegen die Hortung beraten wurde, passierten immerhin so merkwürdige Unglücksfälle wie der, daß die Bezugscheine für die drei Monate vor der Währungsreform, Bezugscheine für Waren, die zufällig nicht auf dem Kompensationswege verschwunden waren, sondern die nachweislich da waren, doch erst zwei oder drei Tage vorher in die Hände der Wirtschaftsministerien kamen, weil, wie man uns sagte, die Verwaltung mit ihrer Druckerei Schwierigkeiten hatte und diese Bezugscheine deswegen nicht mehr für schlechtes Geld eingelöst werden konnten. Alles, was sich an reaktionärer Gesinnung in dem Begriff Hortung ausdrückte — und wir haben ja gesehen, was dahinter steckte, als nach der Währungsreform die Läden aufgingen und alles da war, was vorher gefehlt hatte —, ist verstärkt nach vorn gestoßen nach der Währungsreform im Kampf unter der Parole der freien Wirtschaft. Uns Sozialdemokraten war es absolut klar, daß wir nach der Währungsreform insofern vor neuen Verhältnissen stehen würden, als die Möglichkeit für eine größere Bewegungsfreiheit und die Notwendigkeit neuer Methoden gegeben war.

Wir haben nicht erst gewartet, bis auf der anderen Seite die dazu notwendigen Vorschläge gemacht wurden. Zugleich mit der Währungsreform hat die Fraktion die Initiative ergriffen und hat Maßnahmen zur Sicherung der Produktion, Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, Maßnahmen zur Unterbindung der Kompensationen gefordert. Wie ernst es uns damit war, die psychologischen und materiellen Chancen, die mit der Währungsreform gegeben waren, auszunutzen, beweist vielleicht am deutlichsten die Tatsache, daß es ein sozialdemokratischer Antrag war, der den Exportbonus B, dieses sehr gefährliche Spaltmittel innerhalb der Arbeiterschaft, abschaffen wollte. Während wir uns ernsthaft bemühten, ohne Rücksicht auf die propagandistische Wirkung, wie es dieser Antrag zum Exportbonus B beweist, mit den Dingen fertig zu werden, ging es der CDU und ihren Verbündeten nur darum, freie Bahn für die zu bekommen, die sie deshalb für tüchtig halten, weil sie viel Geld besitzen. Sie legten dem Wirtschaftsrat das Leitsätzegesetz vor, das dem Direktor, dem Beauftragten jener Kreise, die Vollmachten gab, an Stelle der Wiederherstellung der mit schlechtem Gelde aufgebauten Ordnung auch die letzten Schleusen wieder wegzunehmen. Wir haben uns gegenüber dem Leitsätzegesetz bemüht, ein Minimum an parlamentarischer Sicherheit einzuführen; wir haben gefordert, daß der Direktor auch bei den Maßnahmen, die so eilig sein würden, daß der Wirtschaftsrat sie nicht in jedem Falle würde persönlich behandeln können, doch ein funktionierender parlamentarischer Ausschuß in Funktion treten müsse,

weil wir nicht in der Lage waren, dem Direktor so viel Vollmacht zuzuerkennen. Als auch dieses Minimum an Sicherheit abgelehnt worden war, haben wir diesem Gesetz ebenfalls unsere Zustimmung versagt.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit ein Wort über den Länderrat sagen, der ja in gewissem Umfang auch ein Stück der bizonalen Wirtschaftsverwaltung ist und dessen Maßnahmen heute kritisiert worden sind, insbesondere wo sozialdemokratische Mitglieder im Länderrat anders abgestimmt haben als die sozialdemokratische Fraktion im Wirtschaftsrat. Ich tue das nur eingeschränkt, denn ich bin nicht beauftragt und fühle mich nicht berufen, für den Länderrat Bericht zu erstatten. Aber gerade weil die Haltung des Länderrates zu dem Leitsätzegesetz häufig mißverstanden worden ist, erscheint es mir notwendig, hier darauf hinzuweisen, daß Erhard persönlich vor dem Länderrat genau das zugebilligt hat, nämlich eine solchen Überwachungsausschuß, den seine Partei der SPD-Fraktion im Wirtschaftsrat verweigerte. Wir haben laufend jede Gelegenheit benutzt, zwischen der Fraktion im Wirtschaftsrat und den sozialdemokratischen Ministern und Mitgliedern des Länderrats Abstimmungen vorzunehmen, um ein Höchstmaß an gemeinsamem Auftreten zu ermöglichen. Nachdem es dem Länderrat gelungen war, die sozialdemokratische Forderung in Form dieser bindenden Erklärung von Erhard durchzusetzen, hatte der Länderrat gar keine Veranlassung, diesem Gesetz nicht zuzustimmen, obwohl wir es vorher abgelehnt hatten. Die Sozialdemokraten aus dem Wirtschaftsrat haben sich dann auch in dem bewußten Ausschuß aller der Möglichkeiten bedient, die da gegeben waren; Möglichkeiten, die immer begrenzt werden durch die Tatsache, daß wir dort stimmenmäßig in der Minderheit sind und daß wir von keiner anderen Partei auf Unterstützung rechnen können. Wir haben keine Verbündeten, wie sie die CDU hat; denn daß die Kommunisten von unserer Stimmenzahl zunächst einmal abgezählt und dann auf der anderen Seite des Hauses wieder hinzuaddiert werden müssen, diese alte Erfahrung hat sich auch in Frankfurt erneut bestätigt.

Aus all dem ergab sich für die sozialdemokratische Fraktion im Wirtschaftsrat als Konsequenz, den Mißtrauensantrag gegen Erhard zu stellen, der nun mal der Träger der Wirtschaftspolitik ist, die dort drüben von der Mehrheit eingeleitet wurde und von ihr politisch gedeckt wird und zu verantworten ist. Wir haben keinen Augenblick geglaubt, daß diese Mehrheit ihren Wirtschaftsdirektor auf Grund des sozialdemokratischen Mißtrauensantrags fallenlassen würde. Wenn aber auch in der eigenen Partei hier und da der Eindruck entstanden ist, als wären wir in Wirklichkeit gar nicht bereit gewesen, von einem positiven Ausgang des Mißtrauensantrags Gebrauch zu machen, dann möchte ich mit aller Entschiedenheit darauf hinweisen, daß wir, als wir den Antrag stellten, uns sehr wohl auch der Konsequenz bewußt waren, die sich daraus für uns ergeben konnte. Wir hätten keinen Augenblick gezögert, einen geeigneten Mann auf den Platz zu stellen, der dann frei geworden war, um dadurch die CDU erneut in die Lage zu bringen, gegen klar und eindeutig formulierte sozialdemokratische Anträge zu stimmen.

Bei der Gelegenheit ist es bezeichnend für die ungesunde und unklare Atmosphäre, in der sich die Frankfurter Vorgänge auch heute noch abspielen, wenn bis in die Reihen unserer Partei geglaubt worden ist, daß von den 40 Sozialdemokraten elf bei der Abstimmung gefehlt haben. Es war nicht eine reine Freude, als aus soundso vielen Teilen der Organisation Briefe an uns kamen, die einfach die Behauptung aussprachen, die Fraktion habe vorsorglicherweise soundso viele ihrer Abgeordneten abkommandiert. Inzwischen dürfte es sich herumgesprochen haben, daß von den Fehlenden nur sieben Sozialdemokraten waren. Sowenig ich einen Zweifel daran lassen möchte, daß die Fraktion in ihrer Gesamtheit das Fehlen ihrer sieben Genossen wie das Fehlen jedes einzelnen Genossen bedauert, auch wenn er aus triftigen Gründen fehlte, so will ich doch mit aller Entschiedenheit sagen, daß die sieben, die hier gefehlt haben, aus sehr triftigen Gründen fehlen mußten und bei keinem von ihnen auch nur der Verdacht einer politischen Krankheit Herrn Erhard zu Gefallen vorliegt.

Man hat uns von seiten unserer Gegner immer wieder den Vorwurf gemacht,

wir betrieben eine negative Politik, wir kritisieren nur und wären zu nichts *Positivem bereit. Wir übten Abstinenz, hat man aus unseren eigenen Reihen oft* gesagt. Weder der eine noch der andere Vorwurf besteht zu Recht, und es hat zu jedem einzelnen Gesetz, zu dem wir Sozialdemokraten in der Frage der Wirtschaftspolitik nein gesagt haben, bei allen Maßnahmen, die uns notwendig erschienen, um ein Maximum von sozialer Sicherheit in unserem so schwer geschlagenen Volk zu schaffen, an präzisen sozialdemokratischen Vorschlägen nicht gefehlt. Ich kann hier glücklicherweise darauf verzichten, das im einzelnen darzutun, da Genosse Veit, der Wirtschaftsminister aus dem Lande Württemberg-Baden, dazu noch ausführlich reden wird. Er ist insbesondere dazu berufen, weil er als Wirtschaftsminister zu dem Kreis gehört, der mit der SPD-Fraktion laufend zusammenarbeitet und die Fraktion berät. Ich kann nur das eine mit aller Überzeugung *feststellen, daß sich die Fraktion darauf berufen kann, viel Arbeit geleistet* zu haben, Arbeit immer im Sinne der positiven Beeinflussung dessen, was in Frankfurt zur Debatte stand. Eine beachtliche Reihe von Gesetzen ist mit sozialdemokratischem Einfluß zustande gekommen, und wenn es auch Gesetze sind, die in der breiten Öffentlichkeit nicht populär geworden sind, so haben sie doch ihre Bedeutung.

Ich darf hier insbesondere das Gesetz über die Neuordnung der landwirtschaftlichen Veranlagung und Ablieferung nennen, ein Gesetz, das heute schon von der CDU mit aller Macht bekämpft wird und an dem wir Sozialdemokraten noch festhalten, weil es ein Stück der Planung gesetzlich festlegt, das uns einmal vor der Landwirtschaft in hervorragendem Maße legitimieren wird, wenn die breiten Schichten der bäuerlichen Bevölkerung erkennen werden, daß *es mit den schönen* Redensarten, die die CDU veranlaßt, nicht allein getan ist. (Zuruf: Sehr richtig!) Obwohl dieses Gesetz aus sozialdemokratischer Initiative stammt und wir bis zum letzten Augenblick um die wirkungsvolle Ausgestaltung dieses Gesetzes ehrlich gerungen haben, haben wir es bei der dritten Lesung abgelehnt, ganz einfach deswegen, weil wir einen Punkt, auf den die CDU mit solchem Nachdruck Wert legte, um sich zu legitimieren, nicht herausbekommen konnten. Es sollte so eine *Art Trostpreis verabreicht werden.* Es wurde von freien Spitzen in dem Gesetz geredet, die es erstens im Interesse der Volksernährung nicht geben dürfte und auch nicht geben würde wegen der Mangelhaftigkeit der deutschen Produktion und weil wir auch unter diesem Gesichtspunkt niemandem, insbesondere den Bauern, etwas versprechen wollten; denn wir wußten, daß es sich nicht realisieren lassen würde. Wir haben konsequent dieses Gesetz abgelehnt, obwohl wir, ich sage noch einmal mit allem Nachdruck, wissen, daß es ein Gesetz aus sozialdemokratischer Wirtschaftsauffassung ist. Das gleiche gilt von einer ganzen Reihe von anderen Gesetzen, denen wir sowohl die berechtigten Ansprüche der Landwirtschaft wie ihre besondere Notwendigkeit, denen sie gegenübersteht, wenn sie so viel zur deutschen Ernährung beitragen soll, wie der deutsche Boden hergibt, gegenüberstellen, ohne daß wir dabei die *Verbraucher vergessen* haben. So haben z. B. unsere Anstrengungen gegen die Handelsspannen für Kartoffeln doch eine Senkung um 50 % bewirkt, und wem die Handelsspannen heute noch zu hoch erscheinen mögen, der soll sich doch klar darüber sein, wie massiv von der anderen Seite in all diesen Fragen der Interessentenstandpunkt vertreten wird.

Auf sozialdemokratische Initiative ist insbesondere auch die Einrichtung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Berlin zurückzuführen. Wir haben schon mehr als einmal Gelegenheit gehabt, zu konstatieren, wie wenig den anderen an unserer sozialdemokratischen Initiative liegt. Noch vor wenigen Tagen — es sind ja im Saal einige Berliner Genossen, die an diesen Verhandlungen teilgenommen haben — wurde die Sitzung des Ausschusses unterbrochen, um einmal ohne die Gäste mit den *Frankfurter Abgeordneten allein zu reden,* und dabei wurde versucht, uns davon zu überzeugen, daß das doch alles sehr gefährlich sei. Nun, wir haben gesagt, was zu sagen war, und ich glaube, daß der Ausschuß für die Zusammenarbeit mit Berlin erst am Anfang seiner Aufgabe steht. Sie wissen, daß zwar alle Deutschen sehr bereitwillig für Berlin die Stimme erheben; aber

Sie haben vielleicht auch schon gemerkt, daß nicht alle gleichermaßen bereit sind, sich das etwas kosten zu lassen. Es wird die Aufgabe dieses Ausschusses sein, Berlin an die Westzonen zu binden und um jeden Fußbreit Boden zu kämpfen.

Die gleiche Bedeutung haben wir den Fragen des Europaplanes zuerkannt, und mit der gleichen Anstrengung haben wir uns bemüht, den Europaplan aus den Händen der internationalen Geschäftemacher herauszuholen, die zwar gern an dem, was der Plan bringt, verdienen möchten, die aber doch das Wort Plan so verabscheuen, daß sie auch kein Minimum an Planmäßigkeit in der eigenen deutschen Wirtschaft passieren lassen wollen. Dabei ist doch die erste Voraussetzung, daß der Europaplan, in den bekanntlich das Vereinigte Wirtschaftsgebiet eingeschlossen ist, funktioniert, daß auch die innerdeutsche Wirtschaft in dem Geist betrieben wird, der dem Europaplan entspricht. Die sozialdemokratische Fraktion ist sich klar darüber, daß unbeschadet aller Deklamation von allen Seiten des Hauses ihr die Aufgabe ganz allein zufällt, den Geist und die Prinzipien zu verteidigen, aus denen wir eine wirtschaftliche Gesundung Europas erwarten. Die Fraktion hat nie den Ehrgeiz gehabt, ihre politischen Entscheidungen, soweit in Frankfurt politische Entscheidungen zu treffen waren, ohne Rücksicht auf die Haltung und die Beschlüsse des Parteivorstandes als der legitimierten Vertretung der Partei zu fassen. Sie hat auch nicht den Ehrgeiz gehabt, ihre sachlichen Entscheidungen aus sich heraus zu gewähren, und hat zur gründlichen Vorbereitung ihrer Beschlüsse und ihrer Maßnahmen sich immer des Rates und der Hilfe aller in Frage kommenden Kräfte in der Partei bedient. Wir haben in Frankfurt laufend Beratungen größeren und kleineren Umfangs mit den zuständigen Sachverständigen. Die Wirtschaftsminister, unser Einfluß in der Ernährungsverwaltung, unsere Möglichkeiten in den Ländern, alles wird in Anspruch genommen, um der Fraktion eine folgerichtige sozialdemokratische Politik zu ermöglichen. Wir haben alle Veranlassung, den vielen Genossen ausdrücklich dafür zu danken, daß sie sich immer wieder so bereitwillig der Fraktion für diese Beratungen zur Verfügung stellen. Wir haben damit zugleich auch ein gutes Stück Koordinierung innerhalb der Partei geleistet, wobei keineswegs übersehen werden soll, daß auf diesem Felde noch außerordentlich viel zu tun ist. Wenn wir es trotzdem, trotz dieser Beratungen, obgleich wir uns alle als Sprachrohr der Partei fühlen, nicht allen recht machen konnten, dann ist das eine unvermeidbare Erscheinung in einer Zeit, in der auch unsere eigene Partei an den Folgen dieser allgemeinen innerdeutschen Auflösung leidet. Es gibt nun einmal gegensätzliche Interessen; es gibt sie in den Ländern, in den einzelnen wirtschaftlichen Sparten, und auf beiden Ebenen gibt es Sozialdemokraten. Wir erinnern uns alle an das leidvolle Kapitel des Kartoffelkrieges, und wir wissen, wie schwer es oft in der Fraktion gewesen ist, den richtigen sozialdemokratischen Standpunkt herauszuarbeiten und zu vertreten, mit dem wir bei allen Sozialdemokraten bestehen konnten.

Genossen! Ich glaube, daß diese Periode der Gegensätzlichkeit im wesentlichen abgeschlossen ist. Wir alle haben ja die Hoffnung, daß das, was jetzt in Bonn als neues Statut erarbeitet wird, die Unklarheiten in den Zuständigkeiten ein für allemal beseitigt.

Ich halte es für völlig überflüssig, auf diese alten Dinge heute hier einzugehen, und nichts wäre mir und den Genossen in der Fraktion unsympathischer, als wenn der Eindruck entstehen könnte, wir wollten hier nun mit aller Gewalt hinterher recht behalten. Wir waren uns der Tragik der Konflikte in vollem Umfang bewußt; wir wußten auch, wie es hier und da in den einzelnen Ländern aussah, und haben Respekt vor den Anstrengungen der Genossen gehabt, die nun das Glück hatten, mit ihrer Verantwortlichkeit auf das eine oder andere Land beschränkt zu sein, und die sich dieser Aufgabe mit ihrer ganzen Kraft widmen konnten. Wir haben es doch für unsere Aufgabe gehalten, unter Inkaufnahme aller persönlichen Schwierigkeiten, die damit verbunden waren, die Interessengegensätze zu überwinden und zu überbrücken und eine sozialdemokratische Politik aufrechtzuerhalten und im Kampf um die Wiederherstellung der Einheitlichkeit durchzusetzen und nicht untergehen zu lassen.

Solche Interessengegensätze sind auch innerhalb der einzelnen beruflichen Gruppen gegeben, und in der Fraktion ist manches ausgetragen worden. Als ein Beispiel dafür will ich ein Gesetz zitieren, das in jüngster Vergangenheit behandelt worden ist: das Gesetz über die Wiederherstellung der Gewerbefreiheit. Es gibt wahrscheinlich kaum einen Berufsverband, in dem es nicht auch Sozialdemokraten gibt, die in diesem Verband ihre Interessen wahrzunehmen haben und die natürlich kommen und ihren Standpunkt auch an die Fraktion heranbringen. Man hat uns darauf aufmerksam gemacht, daß wir ja geradezu den Gedanken der Planwirtschaft preisgeben würden, wenn wir uns für die Gewerbefreiheit einsetzen würden. Auf der anderen Seite kamen die Genossen, die die Flüchtlinge vertreten, und fordern, daß man endlich den Flüchtlingen eine Chance gäbe, indem man die Gewerbefreiheit durchsetzt.

Genossen! Das sind Gesichtspunkte, mit denen wir uns auseinanderzusetzen haben. Vielleicht erklärt das und sagt einiges über die Art, in der die Fraktion versucht hat, ihre Aufgabe zu lösen und darzustellen, wie wir zu unserem Beschluß gekommen sind. Wir wissen, daß es in der Planwirtschaft die Gewerbefreiheit im ganzen nicht geben kann. Wir haben deshalb bei der ersten Lektüre der ersten Vorlage es außerordentlich begrüßt, daß darin stand: Niemand darf ohne ausdrückliche Erlaubnis Industrien einrichten. Wir haben uns aber auf der anderen Seite auch gar nicht gewundert, als die Mehrheit zunächst einmal diese Einschränkung herausstrich und ihre planwirtschaftlichen Bedenken nur noch in bezug auf den Einzelhandel hatte.

Wir hätten uns vormachen können, daß es das kleinere Übel sei, zwar auf die Investitionskontrolle oder auf die Verhütung von Fehlinvestitionen zu verzichten, aber wenigstens die Fehlinvestitionen, wenn es solche sind, auf dem Gebiete des Einzelhandels durchzusetzen, sei es auch zum Schaden der Flüchtlinge, wenn sie einen Laden aufmachen wollen. Wir waren uns darüber klar, daß es in Frankfurt unter den dortigen Kräfteverhältnissen nicht möglich sein würde, die planwirtschaftlichen Grundsätze zum Zuge zu bringen. Denn niemand in der CDU hat ein Interesse daran, jemand an der Errichtung einer neuen Industrieanlage zu hindern, wenn er meint, damit Geld verdienen zu können, ob das volkswirtschaftlich vernünftig ist oder nicht. Wir haben aus dem Gesetz herausgeholt, was herauszuholen war, nämlich die Sicherheit der vollen Entfaltungsmöglichkeiten der Genossenschaften. Es wird ja bekanntlich auch die auf den ersten Blick vernünftige Beschränkung der Gewerbefreiheit auf dem Sektor des Einzelhandels dazu benutzt, den Genossenschaften das Leben schwer oder unmöglich zu machen. Wir brauchen im Rahmen unserer wirtschaftspolitischen Vorstellungen die Genossenschaften mindestens ebenso wie *die Investitionskontrolle*. Wenn wir unter *den gegenwärtigen* Verhältnissen gegen eine Investitionspolitik nicht durchdringen konnten, dann haben wir wenigstens die Gelegenheit benutzt, den Genossenschaften das Feld zur freien Entfaltung zu erobern. Ich glaube auch, Genossen, daß die Fraktion mit dieser Haltung bestehen kann.

Wie sehr wir bereit sind, Forderungen aufzustellen, und wie wenig wir uns vor Schwierigkeiten gefürchtet haben, das darf ich an dem jüngsten Produkt von Frankfurt darstellen, an dem Gesetz über die Wirtschaftsstellen. Vielleicht ist es noch nicht bekannt. Die Militärregierung hat dem Drängen der Wirtschaft nachgegeben und ihren Wunsch ausgesprochen, daß man zur Vereinfachung der Verwaltungsprozedur es der Wirtschaft selbst überlassen möge, Rohstoffe zu verteilen *und andere Maßnahmen von Interesse besonders auf dem Gebiete des Außen*handels zu besorgen. Die Militärregierung hat sogar ausdrücklich gesagt, daß sie eine Beteiligung der Gewerkschaften an diesen zu errichtenden Stellen für richtig hält. Für uns ging es dabei um eine Frage prinzipieller Bedeutung. Wir können uns keine Selbstverwaltung der Wirtschaft vorstellen, ohne daß die Gewerkschaften daran beteiligt sind. Für uns ist die Forderung nach der paritätischen Besetzung unabdingbar. So haben wir unsere Abänderungsanträge zu dem Gesetz, das die Verwaltung vorgelegt hat, formuliert. In diesem Falle ist es zum erstenmal gelungen, bei dieser zugespitzten Fragestellung auch die Gewerkschafter der CDU

dazu zu zwingen, für einen sozialdemokratischen Antrag gegen die Mehrheit ihrer eigenen Fraktion zu stimmen. Wir haben uns von unseren Abänderungsanträgen auch nicht durch den Hinweis auf die Wünsche der Militärregierung abbringen lassen und riskieren es ganz einfach, daß die Militärregierung wegen des Nichtrespektierens ihrer Wünsche gegen Einbeziehung der Gewerkschaften auf Grund unserer Initiative dieses Gesetz ablehnen wird. Aber wir haben es nicht für unsere Aufgabe gehalten, dieser Möglichkeit dadurch auszuweichen, daß wir einer Angelegenheit zustimmen, die in vollem Umfang im Widerspruch zu unseren grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Auffassungen steht, in denen die Gewerkschaften einen breiten Raum einnehmen.

Genossinnen und Genossen! Lassen Sie mich zum Schluß folgendes sagen: Es wird ja wahrscheinlich über die Tätigkeit einer SPD-Fraktion nur einmal vor dem Parteitag berichtet werden. Wir haben alle, wie gesagt, die Hoffnung, daß dieses unbefriedigende — ich sage ausdrücklich: für alle direkt Beteiligten geradezu quälende Zwischenspiel möglichst bald durch eine neue Form abgelöst wird, die zweifellos aber auch nur provisorisch ist, die aber der endgültigen Ordnung schon ein ganzes Stück näherkommen wird. Wenn wir die Tätigkeit der Wirtschaftsratsfraktion der Beurteilung des Parteitages unterbreiten, dann wissen die Mitglieder der Fraktion am besten, was noch hätte besser gemacht werden können. Wir ziehen uns dabei keineswegs hinter die Entschuldigungen zurück, die sich aus den objektiven Schwierigkeiten in reichem Maße ergeben würden. Die meisten von uns sind Anfänger im parlamentarischen Leben und sind noch so jung, daß sie keine Gelegenheit hatten, in der parlamentarischen Praxis der Weimarer Koalitionspolitik Erfahrungen zu sammeln. Aber sie sind alt genug, um aus den Resultaten dieser Periode einiges gelernt zu haben, und wir sind nicht bereit, diese Lehren schnell wieder zu vergessen. Wenn man das abzieht, was sich als unbefriedigend und notwendig aus dem Übergangscharakter dieser Periode ergibt, glaube ich sagen zu dürfen, daß die ersten sozialdemokratischen Schritte auf einer zentralen Plattform, die noch keineswegs alle Voraussetzungen erfüllt, in einer guten Richtung eingeschlagen worden sind. Wir wissen genau, daß die Kooperation mit anderen Parteien notwendig ist. Wir sind keine Partei, die nach der Alleinherrschaft strebt. Wir haben in Frankfurt bisher — und ich nehme an, wir werden das auch unbeirrt fortsetzen — unseren Gegenspielern bewiesen, daß wir gewillt sind, die gute sozialdemokratische Tradition fortzusetzen, die gekennzeichnet ist durch die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung. Wir haben, glaube ich, aber auch recht eindeutig klargemacht, daß man auf die schlechte Tradition verzichten muß, die Sozialdemokratie für parteipolitische Geschäfte zu mißbrauchen. Ich hoffe, daß wir und die anderen einige Erfahrungen gesammelt haben, die einer zukünftigen parlamentarischen Zusammenarbeit nur dienlich sein können, und daß wir einige Vorarbeit geleistet haben für eine sozialdemokratische Fraktion, die in einem direkt gewählten Parlament vor einer größeren und schwierigeren Aufgabe stehen wird, als es die war, vor der die Wirtschaftsratsfraktion stand, und um deren Lösung sie sich mit bestem Willen und mit aller ihr zur Verfügung stehenden Kraft ehrlich bemüht hat. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Gnoß: Wir brechen damit für heute die Verhandlungen ab. Ich darf alle Teilnehmer auf die Dampferfahrt aufmerksam machen und bitte, sich unmittelbar nach dem Essen auf dem Dampfer an der Rathausbrücke einzufinden. Morgen vormittag beginnen wir die Verhandlungen um 8.30 Uhr. Für heute sind die Verhandlungen geschlossen.

Schluß der Sitzung 19.30 Uhr.

Dritter Verhandlungstag

(Dienstag, 14. September 1948)

Vormittagssitzung

Vorsitzender: Die Verhandlungen des Parteitages sind wieder eröffnet. Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, wird der Genosse Ernst Schumacher das Ergebnis der Wahlen des Parteivorstandes und der Kontrollkommission bekanntgeben.

Ergebnis der Wahlen des Parteivorstandes und der Kontrollkommission

Ernst Schumacher: Der Parteitag wählte den Parteivorstand und die Kontrollkommission mit folgenden Resultaten:

Für die Wahl des Parteivorstandes wurden von 366 stimmberechtigten Teilnehmern des Parteitages 357 gültige Stimmzettel abgegeben. Es wurden gewählt:

als Parteivorsitzender:

Dr. Kurt Schumacher	mit 356 Stimmen

als Stellvertreter des Parteivorsitzenden:

Erich Ollenhauer	mit 341 Stimmen

Zu besoldeten Mitgliedern des Parteivorstandes wurden gewählt:

Herta Gotthelf	mit 341 Stimmen
Alfred Nau	„ 339 „
Fritz Heine	„ 331 „
Egon Franke	„ 309 „
Herbert Kriedemann	„ 240 „.

Zu unbesoldeten Mitgliedern des Parteivorstandes wurden gewählt:

Louise Schroeder	mit 350 Stimmen
Franz Neumann	„ 350 „
Andreas Gayk	„ 341 „
Franz Bögler	„ 339 „
Waldemar von Knöringen	„ 339 „
Fritz Henßler	„ 334 „
Ernst Reuter	„ 332 „
Ernst Gnoß	„ 329 „
Carlo Schmid	„ 329 „
Lisa Albrecht	„ 327 „
Wilhelm Kaisen	„ 322 „
Willy Eichler	„ 321 „
Walter Menzel	„ 318 „
Willi Fischer	„ 309 „
Anni Krahnstöver	„ 307 „
Erwin Schoettle	„ 306 „
Karl Meitmann	„ 299 „
Willi Knothe	„ 295 „
Elisabeth Selbert	„ 293 „
Emil Groß	„ 277 „
Robert Görlinger	„ 268 „
Valentin Baur	„ 243 „
Adolf Grimme	„ 239 „

Außerdem erhielten:

Richard Borowski	223 Stimmen
Fritz Steinhoff	223 „
Hermann Veit	219 „

Für die Wahl der Kontrollkommission wurden 353 Stimmzettel abgegeben. Ein Stimmzettel war ungültig; es verblieben 352 gültige Stimmzettel. Gewählt wurden:

Gustav Bradtke	mit 349 Stimmen
Adolf Schönfelder	„ 346 „
Jakob Steffen	„ 346 „
Fritz Ulrich	„ 346 „
Heinrich Höcker	„ 344 „
Georg Richter	„ 344 „
Karl Seeser	„ 344 „
Christian Wittrock	„ 343 „
Walter Damm	„ 342 „

Die Mandatsprüfungskommission in ihrer Eigenschaft als Wahlkommission gestattet sich, sicherlich auch im Namen des Parteitages, dem neugewählten Parteivorstand die besten Wünsche für die bevorstehende schwere und verantwortliche Arbeit zum Ausdruck zu bringen. (Bravo!)

Wir alle sind uns bewußt, Genossen und Genossinnen des Parteivorstandes, daß euch nicht nur durch dieses große Vertrauen eine ehrende Anerkennung eurer Persönlichkeit zuteil wurde, sondern ein Auftrag für Aufgaben, deren Bedeutung und Ergebnisse schon in nächster Zeit von entscheidender Wirkung für unsere Partei, für unsere politischen Aufgaben und für unser ganzes Volk sein werden. Eure Tätigkeit wird auch von internationaler Bedeutung sein. Dafür wünschen wir euch gute Verrichtung. Unsere größte Freude ist, daß der Parteitag Kurt Schumacher zur Genesung so einmütig sozialdemokratische Kameradschaft bewiesen hat. Die gleiche charaktervolle Haltung wird dem Genossen gegenüber bewiesen, der seit Monaten erfolgreich schwerste Arbeit leistete: Erich Ollenhauer.

Das Bekenntnis für die Genossen in Berlin, die Anerkennung der politischen und menschlichen Qualitäten unserer Louise Schroeder, Franz Neumanns und Ernst Reuters durch hervorragende Wahl in den Parteivorstand ist der Dank der Partei, die stolz auf euch ist. Mit euch für die Partei: An die Arbeit, Genossen! (Langanhaltendes Händeklatschen.)

Vorsitzender Gnoß: Das Wort hat zunächst der Genosse Ollenhauer.

Erich Ollenhauer: Genossen und Genossinnen! Im Namen aller Mitglieder des Parteivorstandes möchte ich dem Parteitag danken für das Vertrauen, das dem Parteivorstand durch diese Wahl zum Ausdruck gebracht wird. Wir versprechen der Partei, daß wir im kommenden Jahr alle uns möglichen Anstrengungen machen werden, um die schweren politischen Aufgaben, die vor uns liegen, mit Erfolg zu lösen.

Ich möchte zu dem Wahlresultat nur noch eine Bemerkung machen: Der Parteivorstand bedauert es außerordentlich, daß unser Genosse Hermann Veit nicht mehr im Parteivorstand ist. Hermann Veit hat, vor allem auf dem Gebiete unserer wirtschaftspolitischen Arbeit, eine große und aktive Rolle gespielt, und angesichts der Aufgaben, die uns gerade auf diesem Gebiet bevorstehen, ist seine Mitarbeit an zentraler Stelle für die Partei unbedingt erforderlich. Selbstverständlich haben wir das Resultat der Wahl durch den Parteitag zu respektieren; aber wir haben uns überlegt, in welcher Weise wir uns die verantwortliche Mitarbeit unseres Genossen Veit weiterhin sichern können, und der geschäftsführende Parteivorstand hat beschlossen, den Genossen Hermann Veit zum Vorsitzenden des Wirtschaftspolitischen Ausschusses beim Parteivorstand zu wählen, damit er an dieser Stelle auf diesem Gebiete auch weiterhin für die zentralen Aufgaben der Partei zur Ver-

fügung steht. (Beifall, Händeklatschen.) Ich entnehme eurem Beifall, daß ihr mit dieser Regelung einverstanden seid, und ich danke euch.

Vorsitzender Gnoß: Parteigenossen und Parteigenossinnen! Ich möchte die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne den Genossen und Genossinnen, die in der Mandatsprüfungskommission und damit auch in der Wahlkommission ihres Amtes gewaltet haben, für diese Tätigkeit den Dank des Präsidiums und, wie ich glaube, auch den Dank des gesamten Parteitages zum Ausdruck zu bringen.

Bevor wir nun zur Tagesordnung schreiten, hat der Genosse Mattik noch das Wort zu einer Erklärung.

Kurt Mattik, Berlin: Genossen und Genossinnen! Heute morgen erreichte uns Berliner eine schreckliche Kunde. Die ersten der 90 Verhafteten wegen der von der Markgraf-Polizei provozierten Schlägereien „Unter den Linden" wurden gestern vor ein russisches Militärgericht gestellt. Ohne deutsche Verteidigung, ohne jede Fühlungnahme mit der Außenwelt oder Verwandten oder Freunden wurden sie abgeurteilt: Je Person 25 Jahre Zwangsarbeit. (Empörte Pfui-Rufe.) Genossen und Genossinnen! Von einem russischen Militärgericht zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt zu werden heißt, daß man seine Heimat nie mehr wiedersehen wird. (Zurufe: Das bedeutet Tod!) Genossen und Genossinnen! Gestern fiel hier an diesem Rednerpult ein geflügeltes Wort: Der Solinger erklärte, welcher Unterschied ist denn eigentlich zwischen dem schwarzen Faschismus im Rheinland, zwischen dem braunen Faschismus und dem roten Faschismus? Ich glaube, wenn auch dieses Urteil nicht mehr notwendig war für die Mehrzahl der Sozialdemokraten und der Menschen in Deutschland, so trägt das Urteil aber dennoch hoffentlich dazu bei, zu zeigen, welcher Unterschied darin liegt, ob man im Rheinland lebt oder ob man in der Ostzone leben muß. Genossen und Genossinnen! Was bedeutet dieses Urteil? Es ist der Versuch einer Macht, die mit ihrer ganzen Politik in Europa gescheitert ist, die letzte Warnung an alle diejenigen auszusprechen, die den Versuch machen, mit demokratischen Mitteln, das heißt mit den Mitteln der Menschlichkeit, sich einer Entwicklung zu erwehren, die den Untergang Europas nach sich ziehen würde.

Genossen und Genossinnen! Am Sonntag war in Berlin eine zweite Kundgebung, eine Kundgebung der VVN im Lustgarten. Aus allen Gebieten der Ostzone mit Befehlen an alle Klassen der Berliner Ostschulen hat man versucht, diese Kundgebung zu füllen. Ein Vergleich zu der Kundgebung der Berliner Bevölkerung ist nicht möglich, zahlenmäßig sowie in der Art der Kundgebung. Die Kundgebung der VVN wurde dazu benutzt, um eine unverschämte Hetze gegen alle freiheitliebenden Kräfte in Deutschland auszuüben, alles unter dem Zeichen der VVN mit dem Versuch, die Opfer des Faschismus zu benutzen, um die wirklichen Gegensätze, die eine Besatzungsmacht in Deutschland entwickelt hat, zu übertünchen und die Mehrzahl der Opfer des Faschismus zu täuschen.

Ich sehe es als notwendig an, eine kurze, sachliche Erklärung zu den Vorgängen abzugeben, die zu diesen Urteilen geführt haben. Vorweg aber eine andere Mitteilung. Als die ersten provozierten Schlägereien gegen einzelne Stadtverordnete vor dem Stadthaus vor sich gingen, da wurden u. a. auch von den einzelnen kommunistischen Schlägern, die besonders hinbestellt waren, amerikanische und englische Vertreter der Militärregierungen angepöbelt und angegriffen. Die Markgraf-Polizei oder auch die russische Besatzungsmacht, die vor dem Stadthaus genau dieselben Rechte haben wie „Unter den Linden", hat gegen diese provozierten Schlägereien nichts anderes zu tun gewußt, als die Schläger zu schützen und nicht die Geschlagenen, die als Einzelpersonen sowieso keine Möglichkeit hatten, sich dagegen zu wehren.

Was hat sich nun „Unter den Linden" abgespielt? Von 300 000 Menschen, die von einer Kundgebung für Frieden und Freiheit wieder nach Hause wollten, mußte ein Teil notgedrungen durch das Brandenburger Tor zurückgehen, wenn sie einen Bahnhof erreichen wollten. Fünf Bahnhöfe gibt es in der Umgebung

des Platzes der Republik überhaupt noch. Folglich mußten Zehntausende von Menschen ohne jeden anderen Grund als den, ihren Bahnhof zu erreichen, um nach Hause zu gelangen, durch das Brandenburger Tor in Richtung Friedrichstraße. Als sie bereits durch die Tore waren, versuchte die Markgraf-Polizei die Straßen plötzlich abzuriegeln. Jeder, der einmal an einer Massenkundgebung teilgenommen hat, weiß, daß ein solches Unterfangen unmöglich ist, weil Tausende von Menschen immer wieder nachdrängen. Somit gerieten die Vorderen dieser nach Hause strömenden Menschen in das unvermeidlich provozierte Gedränge mit der Markgraf-Polizei, und erst als die ersten Schüsse, angeblich noch Schüsse in die Luft, erfolgten, bewarfen die Menschen, die keinen anderen Weg mehr wußten, die schießenden Polizisten mit Steinen. Das ist die Ursache, die zu diesen Schandurteilen von gestern geführt hat.

Genossen und Genossinnen! Außer diesen fünf sind noch etwa 85 aus dieser Schlägerei in Haft, und außer diesen 85 noch etwa 45 Menschen, die nichts weiter getan haben, als sich auf Anordnung des Oberbürgermeisters zur Verfügung zu stellen, um das Stadthaus gegen Schlägerkolonnen zu schützen. Derselben Justiz, die gestern diese Urteile gefällt hat, stehen zur Zeit noch zirka 130 Personen zur Verfügung, um ein gleiches Urteil gegen sie zu fällen. Dieses Urteil hat aber auch die Aufgabe, den letzten Berliner und den letzten Bewohner der Ostzone zu mahnen. Jede demokratische und freiheitliche Regung wird mit diesem Urteil aufgehoben. Wir kämpfen in Berlin und in der Ostzone seit drei Jahren gegen dieses System. Der Kampf hat dazu geführt, daß die übergroße Mehrzahl aller Bewohner Berlins und der Ostzone sich zusammengefunden hat zu einer einheitlichen *Widerstandsfront gegen den Terror und gegen die Unfreiheit.* Die Besatzungspolitik der Russen ist am Ende ihres Lateins. Sie hat versagt und steht vor der Entscheidung, Deutschland mit militärischen, mit brutalsten blutigsten Mitteln zu unterdrücken oder abzuziehen.

Wir haben die Aufgabe, alle Kräfte in Deutschland und in Europa zu entfalten, um sie zum Abziehen zu zwingen. (Bravorufe.)

Genossen und Genossinnen! Dieses Urteil muß uns und allen Kräften, die daran arbeiten, zeigen, daß es mit diesem System und mit diesen Kräften keine Verständigung gibt unter den gegenwärtigen Verhältnissen. (Bravo.) Sie wollen keine Verständigung, sie beschießen 15½jährige Kinder, die sich zum Schutz vor Krankenschwestern stellten und verurteilen diejenigen, die mit diesen Kindern *die Straße entlang gehen, zur Zwangsarbeit nach Sibirien.*

Genossen und Genossinnen! Die Sozialdemokratische Partei als die stärkste Organisation Deutschlands hat die Aufgabe, allen Kräften in Europa und auch den Besatzungsmächten zu sagen: Es ist genug! (Langanhaltender Beifall.) Wir haben drei Jahre lang gehofft, daß es Nachkriegserscheinungen seien. Nein, es sind Erscheinungen einer neuen Zeit, die über Europa kommen soll, und in diesem Saal sollten die Letzten von uns erkennen, daß Moskau nicht links, sondern östlich von der Sozialdemokratie steht.

Genossen und Genossinnen! Wir möchten dem Parteitag eine Entschließung vorlegen mit der Bitte, sich einmütig hinter diese Entschließung zu stellen:

> „*Mit Empörung und Abscheu nimmt der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei in Düsseldorf die verbrecherischen Schandurteile der sowjetischen Massenjustiz gegen friedliche Demonstranten für Recht und Freiheit zur Kenntnis. Solange deutsche Kommunisten sich zu Handlungen dieser Besatzungsmacht hergeben, tragen sie die volle Verantwortung für diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der Parteitag appelliert an die Welt, mit der Aufforderung, diese Macht durch das Gewicht der öffentlichen Meinung zur Aufgabe einer solchen barbarischen Politik auf europäischem Boden zu zwingen.*"

Genossen und Genossinnen! Aber denen, die heute und morgen nach Sibirien abwandern, rufen wir zu: Ihr leidet *nicht umsonst, der Tag wird kommen!* (Lang-

anhaltender Beifall. Spontan stimmen die Delegierten des Parteitages die Internationale an.) Der Vorsitzende bringt den Ruf aus: „Freiheit! Freiheit! Freiheit!"

Vorsitzender Ernst Gnoß: Nach diesem einmütigen Bekenntnis des Parteitages zu den Opfern bolschewistischer Gewaltmethoden und kommunistischer Politik erübrigen sich viele Worte. Die Erklärung, die von dem Genossen Mattik hier eben verlesen worden ist, entspricht der einmütigen Auffassung des Parteitages. Der Appell an die Welt, der damit zum Ausdruck gebracht ist, ist der Schrei nach Gerechtigkeit für die geprügelten, unterdrückten und terrorisierten Menschen. (Beifall.) Wir aber geloben, nie zu erlahmen im Kampf für die Freiheit, im Kampf für Demokratie, im Kampf für Sozialismus hier im Westen Deutschlands, um wieder voll frei zu sehen unsere Brüder im Osten. (Beifall.) Mit dieser Erklärung, Genossen und Genossinnen, und dieser stillen Minute gedenken wir dieser Opfer, die in Berlin, in der Ostzone für die Freiheit und die Menschlichkeit leiden.

Damit, Genossinnen und Genossen, kommen wir zur Erledigung unserer weiteren Tagesordnung. Das Wort hat nunmehr der Genosse Hermann Veit:

Grundsätze sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik

Hermann Veit: Mit dröhnendem Beifall hat der Zonen-Parteitag der CDU in Recklinghausen dem wirtschaftspolitischen Referat des Direktors der Verwaltung für Wirtschaft, Herrn Professor Erhard, zugestimmt. In einer Resolution, die im Anschluß an das Referat angenommen wurde, fordert der Parteitag „die konsequente Fortsetzung des von der CDU im Wirtschaftsrat eingeschlagenen Weges". Die CDU befindet sich mit ihrer Einstellung zum neuen Wirtschaftskurs im besten Einvernehmen mit Industrie- und Handelskreisen, die ebenfalls die Erhardsche Politik mit dankbarem Beifall quittiert haben. Vor Volksgruppen zu sprechen, in denen sich keine Sachwertbesitzer befinden, hat Herr Professor Erhard bisher sorgsam vermieden, vermutlich, um die gute Meinung, die er von seiner Wirtschaftspolitik hat, nicht trüben zu lassen. Hätte er die Möglichkeit, einmal vor dem ganzen Volk den neuen Kurs zu vertreten, würden ihm andere dröhnende Geräusche als die des Beifalls in die Ohren gellen.

Wir beneiden weder Professor Erhard um den Beifall, noch die CDU um die Verantwortung, die sie mit der Billigung dieser Wirtschaftspolitik erneut übernommen hat, eine Verantwortung, die aber unteilbar ist und nicht mit billigen Formulierungen abgeschwächt werden kann, wie die der Wahlparole der CDU für den kommenden Wahlkampf, wo es heißt: „Der CDU ist die Verbesserung unserer Lebenshaltung zu danken. Sie kann für das Steigen der Preise nicht verantwortlich gemacht werden." Wofür die CDU verantwortlich zu machen ist, wird das Volk und nicht ihr Parteitag entscheiden.

Die Änderung des wirtschaftlichen Kurses fällt zeitlich zusammen mit der Währungsreform. Ihre Notwendigkeit war seit langem in Deutschland unbestritten, ihre Verwirklichung ein immer dringlicheres Postulat des ganzen Volkes ohne Unterschied der Parteien. Die Wiedereinführung eines funktionsfähigen Geldes bedeutet die Beseitigung einer der verderblichsten Schranken eines normalen Wirtschaftsablaufs und damit unter jeder Wirtschaftsform einen Fortschritt zur Gesundung des Wirtschaftslebens. Dieser Fortschritt, der sich insbesondere in der Steigerung der Arbeitsleistung und der Ausweitung der Produktion zeigt, ist ein Erfolg der Währungsreform und nicht des neuen Wirtschaftskurses. Wir handeln wohl im Sinne der CDU und des Herrn Professor Erhard, wenn wir durch diese Klarstellung verhindern, daß sie mit fremden Federn geschmückt werden. Daß mit der Einführung eines funktionsfähigen Geldes die Zwangsbewirtschaftung auf vielen Gebieten aufgehoben werden konnte, insbesondere, soweit ihre Einführung eine Folge der Funktionslosigkeit der alten Reichsmark war, entsprach auch unseren Erwägungen und Forderungen. Auch an dieser Stelle treten wir der von unseren Gegnern aus durchsichtigen Gründen beharrlich wiederholten Doppellüge entgegen, wir seien Anhänger der Zwangswirtschaft und diese sei zum mindesten

ein Vorgeschmack der sozialistischen Wirtschaftsführung. Wir sind weder die Erfinder noch die Verteidiger der Zwangswirtschaft, die von kapitalistischen Staaten immer dann eingerichtet worden ist, wenn es galt, Kriege zu führen. Mit Sozialismus hat diese verkrüppelte Wirtschaftsform nichts zu tun. Sie geht von der Armut des Kriegskapitalismus aus, während der Sozialismus den Reichtum einer wirtschaftlich zweckmäßig organisierten Gesellschaft zum Ziel hat.

So sehr wir demnach mit Herrn Professor Erhard einig gehen in der grundsätzlichen Ablehnung der Zwangswirtschaft, so sehr unterscheiden wir uns von ihm in der Frage, was an ihre Stelle treten und in welchem Tempo sie abgebaut werden soll. Wir unterscheiden uns schon im Ausgangspunkt. Wir gehen vom Menschen aus, dem Mittelpunkt der Wirtschaft, dem alles wirtschaftliche Geschehen zu dienen hat. Professor Erhard geht von einer Wirtschaftstheorie ehrwürdigen Alters aus, die nicht einmal in ihren Jugendjahren auf der Brust ganz fest gewesen ist. Und es war kein falscher Zungenschlag, sondern entsprach der inneren Einstellung des in seiner Theorie verliebten Professors, wenn er das Steigen der von ihm freigegebenen Preise für lebenswichtige Güter in Höhen, die weiten Volkskreisen unerreichbar sind, lediglich als Schönheitsfehler mit einer Handbewegung abtat.

Die Grundlage der neuen Wirtschaftspolitik ist der alte Irrglaube an das ausgleichende Wirken des sogenannten freien Spiels der Kräfte in einer dem Konkurrenzkampf unterstellten Marktwirtschaft. Es ist der Glaube an die prästabilierte Harmonie, die als unwandelbares Gesetz der Vorsehung die gerechte und gute Ordnung des menschlichen Zusammenlebens gewährleistete, wenn man nur gestatte, daß „aller Wesen unharmonische Menge" in völliger Freiheit durcheinander klingt. Wir haben den Glauben nicht — und stützen uns dabei auf die Erfahrungen von Jahrhunderten — daß eine außerhalb des Menschen stabilierte aprioristische Harmonie, das laisser faire — laisser aller, geradezu zur Maxime des menschlichen Handelns und zur Voraussetzung des Funktionierens vom menschlichen Willen unabhängiger Gesetze macht. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die Herbeiführung der Harmonie uns als sittliches Postulat in die Brust gepflanzt worden ist, als Aufgabe, die die Menschheit entweder leisten oder an der sie zerbrechen muß. Und wir möchten glauben, daß diese Auffassung dem christlichen Sittengesetz weit besser entspricht als die Vorstellung, der ungezügelte Egoismus aller gegen alle führe zwangsläufig zur Harmonie aller mit allen.

Aber abgesehen von dieser weltanschaulichen Differenzierung der Standpunkte, zwingen ökonomische Gründe zur Ablehnung der Erhardschen Theorie. Die immanenten Gesetze der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung haben den viel gerühmten Markt zu einem Torso werden lassen, der Wettbewerb ist unter dem Zwang der Kapitalintensivierung mehr und mehr dem Diktat der Inhaber wirtschaftlicher Schlüsselstellungen gewichen, das freie Spiel der Kräfte ist auf weiten Gebieten durch eine Planwirtschaft ersetzt worden, aber nicht eine Planwirtschaft des Volkes, die sich von den gemeinsamen Interessen aller leiten läßt, sondern eine Planwirtschaft der ausschließlich vom Gewinn orientierten Unternehmer und ihrer Zusammenschlüsse. Der starke politische Einfluß der wirtschaftlichen Machthaber machte den Staat zu ihrem Bundesgenossen. Nationalstaatliche Wirtschaft, Protektionismus, Abschnürung vom Weltmarkt, Währungsverfall und -manipulationen sind weitere Meilensteine auf dem Wege zur Entartung und Verkalkung des Kapitalismus.

Die Weltkriege, auf deren Entstehung diese wirtschaftliche Entwicklung nicht ohne Einfluß war, haben das ihrige dazu beigetragen, den Prozeß in unerhörtem Tempo zu beschleunigen. Und nun stehen wir in Deutschland vor einer Wirtschaft, deren organische Verbindung durch Zonengrenzen zerrissen, deren Kapazität durch Kriegszerstörungen und Demontage und den Raubbau der Kriegswirtschaft unter das Existenzminimum gesunken ist, deren Verbindung mit der Welt seit Jahren zerrissen ist, ohne Kapital, abhängig von den Siegermächten, ohne gewerblichen Rechtsschutz, ohne auch nur annähernd ausreichende Rohstoffversorgung mit einem Volk, das am Rande seiner physischen Kraft in weitesten Kreisen nicht das Not-

wendigste besitzt, wessen der Mensch zum Leben bedarf. Das ist der Zustand, den Professor Erhard für geeignet hält, den Sprung ins kalte Wasser der freien Wirtschaft zu wagen, und er hält ihn schon deshalb für gelungen, weil er schon wieder eine ganze Menge, getragen vom Fettpolster der Sachwerte oder den Rettungsringen der Hortungsläger, munter an der Oberfläche plätschern sieht. Daß ein weit größerer Teil noch nicht wieder hochgekommen ist und verzweifelt um sein Leben ringt, ist eben ein Schönheitsfehler. Es ist die geschichtliche Schuld des historischen Liberalismus, daß sich die Wirtschaft in der geschilderten Weise entwickelt hat, es ist der große Irrtum des Neu-Liberalismus, daß er den verkalkten Kapitalismus wieder zu einem springlebendigen Jüngling verjüngen zu können glaubt, und es ist die folgenschwere Einsichtslosigkeit von Professor Erhard, wenn er meint, diese Verjüngungskur sei schon erfolgreich beendet, wenn die Wirtschaft sich wieder selbst überlassen wird.

Wie sollte in unserer desolaten Wirtschaft das viel gerühmte Spiel der freien Kräfte in absehbarer Zeit zu einem Auspendeln der Preise auf einen tragbaren Stand führen? Einem durch Kapitalknappheit, durch ungenügende einsatzfähige Kapazitäten, durch Rohstoffarmut und Energiemangel noch lange Zeit unelastischem Angebot steht eine durch lebensbedrohende Mängel angestachelte ebenso unelastische, um ein Vielfaches größere Nachfrage gegenüber. Das Pendel ist durch die Freigabe der Preise auch für lebensnotwendigste Bedarfsgüter wie Schuhe, Textilien und Hausrat wie bei einem Erdbeben nach der Richtung der Preissteigerung ausgeschlagen, obgleich uns Professor Erhard einen Ausschlag in der umgekehrten Richtung prophezeit hatte. Es schlägt aber nicht zurück, sondern wird in seiner Lage durch den unverändert starken Druck einer unstillbaren Nachfrage festgehalten, ohne daß von der Seite des Angebots ein fühlbarer Gegendruck feststellbar wäre. Infolgedessen entsteht überhaupt keine Konkurrenz auf den Haupt-Mangelgebieten. Es gibt auch keinen echten Markt, sondern ausschließlich das Preisdiktat der Produzenten und Händler. Wenn sie sich nach den Preisen ihrer Berufskollegen erkundigen, so nicht, um zu Konkurrenzzwecken ihre Ware billiger, sondern um sie ja nicht billiger zu verkaufen. Es werden aus einem unzureichenden Sozialprodukt von den Warenerzeugern und Verteilern, die sich der Preisfreiheit erfreuen, unerträgliche Gewinnmengen herausgeschnitten auf Kosten derer, denen nicht einmal die dürftigsten Existenzmittel verbleiben.

Zu dieser aus der hemmungslosen Freigabe der Preise auch für lebensnotwendige Güter entstandenen ungeheuren sozialen Gefahr gesellen sich weitere. Das notwendige Festhalten der Preise für unentbehrliche landwirtschaftliche Erzeugnisse, deren Freigabe zu einer chaotischen Entwicklung führen müßte, reißt die ohnehin schon klaffende Preisschere zwischen landwirtschaftlichen und gewerblichen Produkten vollends auf und führt jetzt schon zu gefahrdrohenden Entwicklungen auf dem Ernährungssektor. Ausdehnung des Schwarzmarktes einerseits und Einschränkung der Intensivierung der Erzeugung von Hauptnahrungsmitteln werden die Folgen sein. Ein erneutes Absinken unseres Ernährungsstandards ist aber das letzte, was wir uns leisten können. Wenn Professor Erhard demgegenüber auf den großen Auftragseingang bei der landwirtschaftlichen Geräteausstellung in Frankfurt hinweist, so ist die Verkennung der wirklichen Ursachen dieser Erscheinung wiederum eine der nicht seltenen Fehldiagnosen des verantwortlichen Leiters unserer Wirtschaft. Die Freigabe wichtigster Rohstoffe ohne das Korrelat von Produktionsabreden oder Auflagen zur Herstellung wichtigster Gebrauchsgüter hat zur Folge, daß beispielsweise die Erzeugung von Arbeitsschuhen weit unter das Maß des dringenden Bedarfs herabgesunken ist. Das Leder drängt in den Luxuskonsum und die Bergarbeiter werden bald keine Schuhe mehr anzuziehen haben. So steuert sich eine Wirtschaft selbst, bei der das Geld der einzige Bezugschein ist.

Wenn wir einer Wirtschaftspolitik mit so verhängnisvollen Auswirkungen schärfsten Kampf ansagen, so tun wir es nicht einem Dogma zuliebe. Wir sind keine Dogmatiker, Herr Professor Erhard, als die Sie uns, um unsere Haltung zu verdächtigen, gern abstempeln möchten. Nicht wir, sondern Sie halten an dem Dogma einer Theorie unbelehrbar fest, obgleich Sie ihre Unrichtigkeit längst

erkannt haben müssen. Aber wir sind Fanatiker der sozialen Gerechtigkeit, und wir werden getreu unserer Tradition nie aufhören, Anwalt derer zu sein, die als die wirtschaftlich Schwachen Stiefkinder des Schicksals sind.

Das Verantwortungsgefühl für diese hilflosen Kreise unseres Volkes verbietet es uns, mit verschränkten Armen der weiteren Entwicklung zuzusehen, um an ihrem Ende angesichts der Verelendung breitester Volksschichten darauf hinzuweisen, daß wir recht behalten haben. Wir haben uns nicht auf die Kritik zu beschränken, sondern müssen auch die Wege zeigen, die nach unserer Meinung zum Wohle des ganzen Volkes gegangen werden müssen. Ein grundlegender Wandel ist allerdings so lange nicht möglich, als das Volk uns nicht ein klares Mandat zur Führung seiner Geschicke erteilt. Solange aber auch die besitzlosen Kreise der CDU noch an die von ihren Abgeordneten gewählten Direktoren der bizonalen Verwaltungen, solange sie an ihren Erhard und an ihren Storch glauben, solange bleibt uns nichts anderes übrig, als Arzt am Krankenbett der ungeratenen Sprößlinge der derzeitigen Wirtschaftspolitik zu sein. Wir waren schon bisher nicht untätig, um die schlimmsten Auswirkungen abzuwenden, und es erfüllt uns mit Genugtuung, daß einige unserer Anregungen, allerdings unter Verschweigung unserer Vaterschaft, von der Verwaltung für Wirtschaft aufgegriffen worden sind.

Wir fordern die Aufstellung von Produktionsplänen zur Serienfertigung gediegener, aber auf das äußerste Maß verbilligter Schuhe, Textilien, Hausrat und notwendiger Möbel durch Vereinbarungen mit der Industrie oder durch Produktionsauflagen, Abkürzung und äußerste Verbilligung des Handelsweges und Verteilung an minderbemittelte Schichten des Volkes. Wir fordern, daß die aus den Heeresbeständen der Besatzungsmächte der Staatlichen Erfassungs-Gesellschaft für öffentliches Gut übergebenen Konsumgüter so schnell und so billig wie möglich auf den Markt gebracht werden, um dringenden Bedarf notleidender Schichten zu decken und den preissteigernden Tendenzen durch die Abziehung von Kaufkraft auf diese Waren zu begegnen.

Wir fordern vor allem, daß die Verwaltung für Wirtschaft sich entschließt, sofort eine wirksame Preiskontrollgesetzgebung in die Wege zu leiten. Sie ist dazu um so mehr verpflichtet, als sie sich in der wohl von ihr entworfenen Präambel zu dem von der Mehrheit des Wirtschaftsrats angenommenen Leitsatz-Gesetz zu dem Grundsatz bekannt hat, „daß die Auflockerung des staatlichen Warenverteilungs- und Preisfestsetzungssystems dort ihre Grenze findet, wo es darauf ankommt, den Schutz des wirtschaftlich Schwächeren zu gewährleisten". Diese Verpflichtung ist nicht eingehalten worden, und der Gesetzbefehl, daß zur wirksamen Preiskontrolle notwendige Gesetzesgrundlagen alsbald dem Wirtschaftsrat in Vorlage zu bringen sind, ist erst nach zwei Monaten befolgt worden. Das inzwischen vom Wirtschaftsrat mit Mehrheit verabschiedete Gesetz gegen Preistreiberei ist ein für diesen Zweck durchaus ungenügendes Instrument. Mit verschwommenen Begriffen des objektiven und subjektiven Tatbestandes stellt es den Strafrichter vor eine kaum lösbare Aufgabe, zumal in der Begründung zum Gesetzentwurf ausdrücklich das Prinzip der Kostenrechnung aufgegeben und der angeblich freie Marktpreis für zulässig erklärt worden ist. Das Gesetz ist bares Geld, für die Anwälte aber zur wirklichen Senkung überhöhter Preise unbrauchbar. Wir fordern eine Preisgesetzgebung, die die Wirtschaft zwingt, bei der Preisbemessung von ihren Selbstkosten auszugehen und die Gewinn- und Handelsspannen der Verarmung unseres Volkes anzupassen, ohne daß dadurch echte auf Leistung beruhende Differenzialgewinne ausgeschlossen werden sollen, soweit sie sich in erträglichem Rahmen halten. Der Widerstand, den Herr Professor Erhard beharrlich gegen die Bindung der Preise an die Kosten leistet, stimmt uns sehr bedenklich und läßt uns an dem guten Willen zu einer wirksamen Preiskontrolle zweifeln, gibt uns aber um so mehr Veranlassung, an unseren Forderungen festzuhalten.

Was wir vorschlagen, sind nur Pflaster auf den klaffendsten Wunden, die die neue Wirtschaftspolitik dem Sozialkörper unseres Volkes geschlagen hat. Sie können lindern, aber nicht heilen. Eine Heilung kann nur die entschiedene Wendung zur sozialistischen Wirtschaftsführung bringen. Mit diesen Worten verbinden

nur unsere Gegner nebelhafte Vorstellungen mehr oder weniger zutreffenden Inhalts bis zur völligen Entstellung und Verdrehung und unterstellen uns den gleichen Mangel an Klarheit und fester Zielsetzung. Wir haben schon auf den vorangegangenen Parteitagen seit dem Zusammenbruch unser wirtschaftliches Programm mit hinreichender Deutlichkeit entwickelt, so daß jeder, der hören wollte, auch hören konnte. Wenn wir heute noch einmal in einer Resolution, die Ihnen vorliegt und deren Annahme wir Ihnen empfehlen, unsere Vorstellungen von der notwendigen Gestaltung unserer Wirtschaft in wenigen prägnanten Sätzen zusammenfassen, so geschieht das, um gegenüber dem neuen Kurs der Mehrheit des Wirtschaftsrats unsern Weg und unser Ziel eindeutig aufzuzeigen.

Unser Ziel ist, allen Menschen, die dazu willens sind, die materiellen Voraussetzungen zu verschaffen, in Freiheit ihre geistigen und körperlichen Kräfte zum Wohle der Gesamtheit zu entfalten. Das ist die Forderung nach der wirtschaftlichen Befreiung des Menschen von den unwürdigen Fesseln einer die Persönlichkeit zerstörenden, die Vermassung begünstigenden Wirtschaftsform, deren Motor egoistisches Gewinnstreben und der Expansionsdrang des Kapitals sind. Damit ist auch unser Urteil sowohl über die entwürdigende Zwangswirtschaft als auch die zur Erstarrung in Bürokratie und Reglementierung selbst privatester Lebensbereiche und somit zu erneuter Unfreiheit und Diktatur führenden totalen Planwirtschaft gesprochen. Der Kommunismus ist nicht der radikalere Bruder, er ist ebenso wie der Kapitalismus der Todfeind des Sozialismus. Die Verwirklichung des Sozialismus ist — das müssen sich die Ungeduldigen unter uns sagen lassen — kein einmaliger Akt, sondern ein Prozeß, mit dem allerdings sofort begonnen werden muß. Die Welt hat keine Zeit mehr zu verlieren. Die Wirtschaft kann sich nicht selbst überlassen bleiben. Der Traum vom ausgleichenden, segensreichen Spiel der freien Kräfte ist ausgeträumt. Der Staat muß zusammen mit paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern aller Wirtschaftskreise zusammengesetzten Körperschaften der Wirtschaft die Richtung ihrer Tätigkeit durch eine Planung in großen Umrissen weisen. Innerhalb dieses Rahmens soll sich der frei wirtschaftende Mensch entfalten. Wenn die Gesetze des Marktes oder die Initiative des einzelnen versagen oder zu volkswirtschaftlich oder sozial unerwünschten Ergebnissen führen, greift der Staat lenkend ein und bedient sich dazu der Wirtschaftsbeeinflussung z. B. durch Steuern, Preise, Löhne, durch Kredit- und Investitionspolitik, Außenhandelsmaßnahmen, Produktionslenkung, Lenkung des Arbeitseinsatzes und des beruflichen Nachwuchses. Die derzeitige aus der Zeit des Liberalismus übernommene Ressortverteilung der Staatsverwaltung ist für die neuen Aufgaben des Staates nicht mehr ausreichend. Die Koordinierung der für die Zielsetzung und Lenkung in Betracht kommenden Ressorts unter einheitlicher Leitung muß sichergestellt werden. Richtschnur für die Aufgabe des Staates sollen nicht nur die heute begreiflicherweise im Vordergrund stehende Bedarfsdeckung, sondern vor allem auch die Verteilung des Sozialprodukts und die Verhinderung der Ausbeutung sein. Das ist das Kernstück unserer Wirtschaftsgestaltung. Sie verbindet volkswirtschaftliche und soziale Vernunft mit der Freiheit des Menschen zur Initiative und Entfaltung echter Leistung. Die Sozialisierung, die nicht mit Verstaatlichung zu verwechseln ist, muß dort erfolgen, wo Marktbeherrschung einzelner oder weniger Betriebe nicht oder nur mit dem Opfer technischer Fortschritte zu brechen ist. Das wird insbesondere bei den Grundstoffindustrien der Fall sein, deren Überführung in Gemeineigentum unser unverrückbares Ziel ist, und wenn die Welt voll Besatzungsmächte wäre.

Ein auskömmlicher Lebensstandard für den schaffenden Menschen muß ebensosehr Ziel der Wirtschaftsführung sein wie die psychologisch notwendige Verbesserung des Verhältnisses der Arbeitnehmer zum Betrieb durch ein vernünftig ausgestaltetes Mitbestimmungsrecht. Wegen aller weiteren Einzelheiten verweise ich wegen der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit auf den Wortlaut der Resolution.

Freiheit und Zwang sind in unserer Zeit zum Entscheidungskampf angetreten. Wenn wir uns zur Freiheit bekennen, geraten wir in die gefährliche Bundesgenos-

senschaft jener, die unter Freiheit die Freiheit zum zügellosen Gewinnstreben, zur Ausbeutung und Bereicherung auf Kosten der Gesamtheit verstehen und den Besitzlosen die Freiheit überlassen möchten, unter Brücken zu schlafen, von der Karl Marx mit beißendem Hohn gesprochen hat. Wenn wir ihnen das Feld räumen würden, wäre der heroische Freiheitskampf der Berliner, wäre unser Kampf um Deutschland und um die Menschheit verloren. Denn nicht die Bajonette der Westmächte, sondern nur die bessere Idee kann das Vordringen der östlichen Barbarei auf die Dauer verhindern. Diese bessere Idee ist die Freiheit, gezügelt vom Sittengesetz in der Brust des einzelnen, die im Mitmenschen den Bruder und nicht das Opfer zu sehen hat, und gebändigt durch das Gesetz des Staates, der Gerechtigkeit und das Wohl aller Bürger sich zur Richtschnur seines Handelns dienen lassen muß. Das ist die Freiheit, wie sie uns zu Beginn des Parteitages verheißungsvoll aus der unsterblichen Freiheitsmusik der Leonoren-Ouvertüre entgegenklang, die Freiheit, die allein die Menschheit aufwärtsführen kann im Sinne jenes Goethe-Wortes:

„Vergebens werden ungebund'ne Geister
nach der Vollendung reinen Höhen streben.
In der Beschränkung zeigt sich erst der Meister,
und das Gesetz nur kann uns Freiheit geben."

Vorsitzender Gnoß: Zur Geschäftsordnung hat das Wort Genosse Henßler.

Fritz Henßler, Dortmund: Ich bitte den Parteitag, damit einverstanden zu sein, daß nach der vorzüglichen Rede des Genossen Veit unmittelbar das Referat des Genossen Zorn kommt. Ich stelle den Antrag, weil ich glaube, daß ich diesen Wunsch gemeinsam mit dem Parteitag habe, daß die Diskussion sich nicht dem Gestern zuwendet, sondern dem Heute und dem Morgen. (Beifall.)

Vorsitzender Gnoß: Zur Geschäftsordnung hat das Wort die Genossin Krahnstöver.

Anni Krahnstöver, Kiel: Die außerordentlich tiefgreifenden und uns sehr erfreuenden Ausführungen des Genossen Veit berechtigen uns wohl alle zu der Annahme, daß sie es wert sind, in die weiteste Öffentlichkeit zu kommen. Wir stellen deshalb den Antrag, diese Rede sofort als Broschüre in großer Auflage der Partei zur Verfügung zu stellen. (Bravorufe.)

Vorsitzender Gnoß: Ich habe jetzt über zwei Anträge abstimmen zu lassen. Ich frage zunächst, ob gegen den geschäftsordnungsmäßigen Antrag des Genossen Henßler, jetzt das Referat des Genossen Zorn folgen zu lassen, Widerspruch erhoben wird. — Das ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen. Der Antrag der Genossin Krahnstöver wünscht die Drucklegung der Rede des Genossen Veit. Ich möchte auch diesen Antrag sofort erledigen. Ich glaube, aus dem Beifall schließen zu können, daß Sie dem Antrag zustimmen und der Parteivorstand danach gehalten sein wird, die Drucklegung der Rede des Genossen Veit möglichst sofort zu veranlassen. Ich glaube, daß dem irgendwelche Schwierigkeiten nicht im Wege stehen werden. Nunmehr hat das Wort Genosse Dr. Zorn.

Soziale Neuordnung als sozialistische Gegenwartsaufgabe

Dr. Rudolf Zorn, München: In der Juli-Nummer der Frankfurter Hefte unterzieht einer ihrer Herausgeber, Walter Dirks, die CDU und die SPD einer eingehenden Kritik; es ist keine bösartige, sondern eine besorgte Kritik, die helfen möchte. Der CDU prophezeit der Verfasser, daß sie auseinanderfallen werde, wenn sie sich nicht im schlichten, christlichen Geist läutere, wenn sie sich nicht zu einem wirklichen Opfer durchringe. Von der SPD stellt er fest, sie wäre überaltert und